



Der im Garten des Kinderheimes aufgestellte Gedenkstein trägt folgende Inschrift: „Rosa Hofmann / gef[allen] für den Sozialismus / am 3. 1943 in Berlin / durch Henkershand / Für die Freiheit gabst Du / Dein Leben / Dein Vorbild / wollen wir erstreben“<sup>11</sup>

Gedenkstein für Rosa Hofmann  
Foto © Kerschbaumer

Anfänglich werden parteiliche Frontstellungen selbst beim Gedenken an den 12. Februar 1934 unterdrückt. Nachweislich am 12. Februar 1947, während der im befreiten Österreich sich einbürgern den Gedenkminuten um 10 Uhr, stehen SPÖ- und KPÖ-Gruppen nebeneinander vor dem Kriegerdenkmal auf dem Salzburger Kommunalfriedhof, um ihre Freiheitskämpfer durch parteiliche Kränze zu ehren. Doch die Gräber des roten Jahrestages sind noch zu überwindende Gräben in den Augen der bürgerlich-konservativen Herrschaftselite, wie aus ihrem religiös verbrämten Kommentar hervorgeht: „Gräber können zu Symbolen werden, zu Symbolen des ewigen Hasses - oder der Versöhnung. Dass die Gräber des 12. Februar 1934 nicht ewig trennen, muss unser aller Aufgabe sein.“<sup>12</sup>

Die Gräber des 25. Juli 1934 sind hingegen allein patriotisches Terrain der ÖVP, wobei in ihren Blättern identitätsstiftende Mahnungen an das neue Österreich gerichtet sind. An den Jahrestagen wird zudem in der Stiftskirche St. Peter oder im Salzburger Dom eine Gedenkmesse für die ersten Opfer des Nazi-Terrors, für den Kanzler Dr. Dollfuß und „für alle Opfer, die im Juli 1934 für Österreichs Freiheit fielen“, zelebriert.

Kommentarlos wird auf sozialistischer und kommunistischer Seite auch die Gedenkmesse hingenommen, die erstmals am 5. September 1947 in der Kajetanerkirche von Kanonikus Steinwender für seinen umgekommenen „KZ-Leidensgefährten“ Hans Prodingers gelesen wird.

Ebenso unaufgerollt wie die politische Biografie Prodingers, des ersten Obmannes der Salzburger Nazi-Partei in der Zwischenkriegszeit, bleibt die Geschichte des katholischen und christlichsozialen Antisemitismus, wofür auch Leonhard Steinwender als ehemaliger Chefredakteur der *Salzburger Chronik* verantwortlich ist. Selbst in seinem Erinnerungsbuch *Christus im KZ* findet sich kein Wort der Reue. Dies äußert sich auch darin, dass die Juden bei ihrem Gedenken an die Vernichtung allein bleiben. Als die Salzburger *Israelitische Kulturgemeinde* am 12. Oktober 1947 den aus eigenen Mitteln bestrittenen Wiederaufbau ihrer Synagoge feiert, sind immerhin Vertreter des öffentlichen Lebens anwesend. Doch die christlichen Würdenträger glänzen durch Abwesenheit.

Keinerlei offizielles Gedenken gibt es in Salzburg auch an diejenigen, die im Spanischen Bürgerkrieg auf republikanischer Seite gekämpft haben. Ihre Namen können nur noch in einem Buch<sup>13</sup>, einem Film und auf einem Denkmal in Wien<sup>14</sup> aufgesucht werden.

Auch auf dem Kommunalfriedhof vertieft sich der mentale Graben zwischen den Randgräbern der Verfolgten und den sogenannten Heldenabteilen, die zu Allerheiligen im Zentrum der Feiern liegen: gleich zwei vom Erzbischof und Dompfarrer geleitete Prozessionen von der Aussegnungshalle zu den Abteilen der Kriegs- und Bombenopfer, zusätzlich eine gemeinsame Feier des *Schwarzen Kreuzes und Landesverbandes der Heimkehrerhilfe* vor dem alten Kriegerdenkmal (1914 - 1918) und dem neuen Hochkreuz im zweiten Heldenabteil (1939 - 1945). Nunmehr bestehen zwei Stätten, die fortan ausschließlich der rituellen Sinnstiftung für die Opfer beider Kriege dienen: „Allen, die für ihre Heimat starben!“

Zu Allerheiligen 1947 wird das bislang schmucklose „Grab des unbekanntes KZlers“ am Friedhofsrand mit einem schlichten Holzkreuz versehen, um daraus einen würdigen Ort des Gewissens, Mahnens und Dankes an „alle, die für Recht und Freiheit starben“ zu schaffen, womit aber die im Vorjahr kurz aufgeflamte Hoffnung auf einen zentral liegenden Gedächtnisort im öffentlichen Raum begraben wird.

#### Antifaschismus-Mahnmal auf dem „Befreiungsplatz“

„Der Referent [Gemeinderat Jakob Riedl, SPÖ] bringt nach Antrag des Bauausschusses vom 23. 10. [1946] vor: Da sich bei der Arbeit der Umbenennung der Strassen nach faschistischen Opfern der Jahre 1934 bis 1945 ergeben hat, dass die Zahl derer so groß ist, dass es praktisch unmöglich wäre, so viele Strassen umzubenennen, wird beantragt, für die faschistischen Opfer einen geeigneten Platz etwa in „Befreiungsplatz“ zu benennen und auf diesem ein würdiges Denkmal zu errichten, etwa unter Anbringung einer Marmortafel, auf der die Namen der Opfer 1934 - 1945 verzeichnet werden, mit Ausnahme jener Namen, deren seinerzeitige Träger sich früher gegen nachherige faschistische Opfer schmählich benommen haben. Das Bauamt wird beauftragt, in geeigneter Form, etwa durch Zeugnisaufwurf, die Namen aller vor ihrer Inhaftierung in Salzburg-Stadt wohnhaft gewesenen faschistischen Opfer längstens bis 31. 13. [sic] 1946 festzustellen. [...] Beschluss des g. r. Hauptausschusses nach Referentenantrag: einstimmig angenommen.“<sup>15</sup>

„Referent [Gemeinderat Bäck, SPÖ] bringt im Sinne des Amtsberichtes der Abteilung für Bauwesen, Vermessungsamt, vor: 1.) Mit Entschluss des Gemeinderates vom 26. 11. 46 soll ein Befreiungsplatz geschaffen werden. Nach Ansicht des Amtes würde sich der Platz [Rudolfsplatz] vor dem Landesgericht, wo einerseits zur Zeit unsere Befreier, die amerikanische Militärregierung, ihren Sitz hat und andererseits die Legislative [Justiz], von welcher die neuen demokratischen Gesetze ausgehen und gehandhabt werden, ihren Dienstort hat, hierfür sehr gut eignen. Auch die Auslegung, dass der Ort, von dem sozial Terror des Nationalsozialismus [Sondergericht und Gefangenenhaus] ausging und viele gute Demokraten in den Gefängnissen schmachteten, hiervon befreit ist, wäre stichhaltig. [...]“<sup>16</sup>

Wie aus diesen Protokollen hervorgeht, gibt es im Jahr 1946 von Seiten sozialistischer Gemeinderäte eine ernstzunehmende und vielversprechende Initiative für einen Gedächtnisort im öffentlichen Raum: die Umbenennung des Rudolfsplatzes beim Landesgericht Salzburg in „Befreiungsplatz“ und die Errichtung eines Mahnmals mit den Namen aller „faschistischen Opfer“ der Jahre 1934 bis 1945. Nach der Lesart des ersten Antrages sollte des Widerstandes und der Verfolgung in beiden Diktaturen gedacht werden, wobei sogar die

Namen der Verfolgten verzeichnet und verehrt werden sollten, doch mutmaßlich nur „die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich“, wie die Antifaschisten und Patrioten gemäß dem Opferfürsorgegesetz 1945 heißen.

Es ist höchst unwahrscheinlich, dass schon im Jahr 1946 auch „die Opfer politischer Verfolgung“ aus Gründen der Abstammung, Religion, Nationalität und Behinderung gemäß dem vielfach novellierten und noch heute gültigen Opferfürsorgegesetz 1947 gewürdigt werden sollten. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass den Deserteuren der deutschen Wehrmacht noch immer der Opferstatus vorenthalten wird.

Dennoch ist die erste Initiative der SPÖ bemerkenswert, da sie mit der Nähe zum Landesgericht - Terror der politischen Justiz und Exekutive, Verfolgung der Täter durch US-Militärgerichte und demokratische Rechtsprechung - begründet wird. In der Benennung des Rudolfsplatzes als „Befreiungsplatz“ würde zumindest indirekt der Dank an die Befreier zum Ausdruck kommen. Es ist aber offensichtlich, dass mit der namentlichen Würdigung Salzburger Widerstandskämpfer allein der eigene Beitrag zur Befreiung gemäß der Moskauer Deklaration vom 31. Oktober 1943 hervorgehört werden sollte - allerdings eine Ehrenschuld Salzburgs gegenüber seinen vielen politisch Verfolgten und Hingerichteten.

Diese Initiative wird aber noch in der Sitzung vom 20. Dezember 1946 im SPÖ-Gemeinderatsklub selbst zu Fall gebracht. Denn Gemeinderat Anton Fellingner bemerkt zum Antragsantrag: „Befreiungsplatz ist nicht der würdigste Platz und Name.“ Dies entspricht dem Vorbehalt des Bürgermeisters Anton Neumayr, von dem folgende Worte protokolliert werden: „Die Angelegenheit des Befreiungsplatzes könne man ruhig verschieben, um einen anderen Platz dafür zu finden. Im Grundsatz sei er damit einverstanden, für die Opfer des vergangenen Regimes [des Nationalsozialismus] einen gemeinsamen Namen zur Platzbenennung zu wählen.“<sup>17</sup>

Hintergründe für den politischen Vorbehalt lassen sich lediglich spekulativ ausleuchten: Die Antragsformulierung „faschistische Opfer der Jahre 1934 bis 1945“ besagt sicherlich, dass es sich um ein Mahnmal im Sinne der antifaschistischen Sozialisten und Kommunisten handeln sollte. Letztere müssten jedoch zuhauf geehrt werden. Außerdem sollten „seinerzeitige Träger“, die „sich früher gegen nachherige faschistische Opfer schmählich benommen haben“ - mutmaßlich Funktionäre des „autofaschistischen“ Regimes -, von einer Würdigung ausgeschlossen sein, was ebenso der Politik der Versöhnung zwischen SPÖ und ÖVP zuwiderlaufen würde. Im Einklang mit der Versöhnungspolitik steht hingegen die von Bürgermeister Neumayr gewünschte und daher prompt realisierte Umbenennung des Karolinenplatzes in Dr. Franz Rehr-Platz und des Realschulplatzes in Ferdinand Hanusch-Platz.

Neu- oder Umbenennungen in den Nachkriegsjahren sind demnach das Resultat der Versöhnungspolitik mit der ÖVP und der Reserviertheit des Bürgermeisters Neumayr gegenüber antifaschistischen Widerstandskreisen und Parteien. Dies kann an einem Beispiel illustriert werden: Der Vorschlag des Gemeinderates Heinrich Falterbauer, eines ehemals politisch verfolgten Kommunisten, dass bei Neubenennungen vornehmlich Hingerichtete wie Rosa Hofmann und August Gruber berücksichtigt werden sollen, stößt prompt auf Ablehnung: „Bgm. Neumayr ist der Ansicht, dass man nur dann eine Strasse nach einem betreffenden Namen umbenennen soll,

wenn der Träger des Namens in einer Land- oder Stadtgemeinde oder als politisch Verfolgter etwas geleistet hat. Außerdem wären bei August Gruber die Personalien noch zu prüfen.“<sup>18</sup>

Der positive Verlauf der Prüfung zeigt sich in der Benennung eines Weges entlang der Lokalbahn nach August Gruber. Da im Jahr 1947 auch nach Valentin Aglassinger - allerdings ohne ausdrücklichen Bezug zu Widerstand und Verfolgung - eine Benennung erfolgt, werden in der Amtszeit Anton Neumayrs von 1946 bis 1951 immerhin zwei vormalige Sozialdemokraten und antifaschistische Sozialisten namentlich gewürdigt. Doch die im Jahr 1946 beantragte Umbenennung einer zentralen öffentlichen Verkehrsfläche in „Befreiungsplatz“ wird zu keiner Zeit verwirklicht. Auch der Rudolfsplatz ist nie mehr im Gespräch, obendrein als Standort für ein würdiges Mahnmal ungeeignet, als dort wegen des anschwellenden Verkehrs eine moderne Signalanlage installiert wird.

Für den Umgang mit „allen, die für Recht und Freiheit starben“ ist schon die Verdunkelung des Mordes an einem „unbekanntes KZler“ symptomatisch. Selbst die Identität des Opfers - Michael Charschenko -, an dessen Grab weiterhin Gedenken abgehalten werden, bleibt jahrzehntelang unaufgeklärt. Es sind die gleichen Gründe wie jene für die Verschleppung des Mahnmals, womit die vom Obrigkeitsstaat verursachte Zersplitterung und Auslöschung der überparteilichen Interessenvertretung aller Widerständler und Verfolgter der Jahre 1934 bis 1945 ins Blickfeld rückt. Der Vorgang ist allerdings noch komplizierter als er im Folgenden dargestellt wird.

#### Im zerklüfteten Einheitsverband

Als bald nach der Befreiung entstehen unter dem Schutz der US-Armee drei parteipolitisch unabhängige Interessenvertretungen: 1. *Komitee ehemals politischer Häftlinge und Gemaßregelter*, 2. *Bund russisch Verfolgter* und 3. *Jüdisches Komitee*. Zudem bestehen übergreifende Betreuungsstellen, um die Grundbedürfnisse wie Verpflegung, Kleidung, Wohnung, Ausbildung und Arbeit zu decken, was aber in der Nachkriegszeit auf Probleme stößt. Dazu gehört der ungeborene Antisemitismus, der sich in Benachteiligungen der überlebenden Juden bei der Vergabe von Wohnungen und Konzessionen niederschlägt, wie dies der engagierte Vorsitzende des *Jüdischen Komitees* und der *Israelitischen Kulturgemeinde*, Marko M. Feingold, gegenüber dem Salzburger Landeshauptmann erläutert.<sup>19</sup>

Noch im Befreiungsjahr 1945 wird eine Dachorganisation gegründet, deren Vorsitz und Exekutivausschuss sich aus Mitgliedern der genannten Vereine sowie aus Vertretern der ÖVP, SPÖ und KPÖ, allesamt Verfolgte des Nazi-Regimes, zusammensetzt. Dieser Landesverband wird im Jahr 1946 dem *Österreichischen Bundesverband ehemals politisch verfolgter Antifaschisten* mit Sitz in Wien angeschlossen.

Eine Forderung besteht in der Gleichstellung der schwersten Opfer, der „Abstammungsverfolgten“, mit den „Kämpfern um ein freies, demokratisches Österreich“, den Inhabern der „Amtsbescheinigung“. Als dieses Ziel jedoch mit dem Opferfürsorgegesetz 1947 nicht erreicht wird, da die Inhaber der „Amtsbescheinigung“ gegenüber den Inhabern des „Opferausweises“ noch immer begünstigt sind, wird von „Abstammungsverfolgten“ wie Wolfgang Hellwig vom *Bund russisch Verfolgter* heftig Kritik geübt.<sup>20</sup>

Zeitgleich mit dem umstrittenen Opferfürsorgegesetz wird das sogenannte Privilegierungsgesetz beschlossen, das dem *Bund der politisch Verfolgten*, wie der Einheitsverband auf Bundes- und Landesebene fortan heißen soll, eine „privilegierte Stellung“ einzuräumen hat. Diese Stellung wird offenbar von den politischen Parteien beansprucht, da dem Verbandspräsidium in erster Linie Vertreter der ÖVP, SPÖ und KPÖ anzugehören haben, die aber allesamt Inhaber der „Amtsbescheinigung“ sein müssen.

Daneben sollten zwar auch „Abstammungsverfolgte“ vertreten sein, aber gleichfalls nur durch einen Inhaber der „Amtsbescheinigung“. Demnach werden die Inhaber des „Opferausweises“ auf das Abstellgleis geschoben. Unmut erzeugt überdies, dass von den beiden Regierungsparteien, ÖVP und SPÖ, die Forderung nach Mehrheitsbeschlüssen wegen der großen Zahl der antifaschistischen Kommunisten und der „Abstammungsverfolgten“ verhindert wird. Selbst die Statuten müssen vom Innenminister genehmigt werden, wie es der Gesetzgeber vorschreibt.

Gemäß dem Privilegierungsgesetz sollte auch der Landesverband Salzburg des *Bundes der politisch Verfolgten* als juristische Person des öffentlichen Rechtes gegründet werden. Es zeigt sich aber, dass am 21. September 1947 im *Mozarteum* der Gründungsakt ausschließlich durch das *Komitee ehemals politischer Häftlinge und Gemaßregelter* erfolgt, demnach nicht durch den *Bund rassistisch Verfolgter* und das *Jüdische Komitee*, die zwar ebenso im bisherigen Landesverband vertreten, mit den „Kämpfern für ein freies, demokratisches Österreich“ aber nicht zur Gänze gleichgestellt sind und trotz ihrer Stärke nur durch einen einzigen „Abstammungsverfolgten“ mit „Amtsbescheinigung“ im privilegierten *Bund der politisch Verfolgten* vertreten sein sollten.

Aus diesen Gründen wird in der Hauptversammlung vom 21. September 1947 allein von den Mitgliedern des *Komitees ehemals politischer Häftlinge und Gemaßregelter* zum einen die Auflösung des eigenen Vereines und des bisherigen Landesverbandes und zum andern die Gründung des *Bundes der politisch Verfolgten - Landesverband Salzburg* beschlossen. Für das Landespräsidium werden sogar Vertreter der ÖVP, SPÖ und KPÖ sowie der Neutralen nominiert. Letztere sind bestimmt nicht „Abstammungsverfolgte“, vielmehr Staatsanwälte. Nunmehr sollen dem Landesverband lediglich etwa 900 Mitglieder angehören, davor etwa 3.500, falls diese Zahlen korrekt wiedergegeben werden.<sup>21</sup>

Für den weiteren Verlauf ist die nationale und internationale Entwicklung ausschlaggebend: Die KPÖ macht mit dem Rücktritt ihres einzigen Ministers den allerletzten Schritt in die Opposition. Nunmehr regieren allein die ÖVP und SPÖ im Proporz. Zwischen ihren politischen und institutionellen Eliten herrscht antikommunistischer Konsens, und dies im politischen Klima des Ost-West-Konflikts oder „Kalten Krieges“, zusätzlich gesteigert durch die Machtübernahme der Kommunisten im Nachbarland Tschechoslowakei. Doch innerhalb der Grenzen des demokratischen Österreich haben längst die Wahlstrategen der Regierungsparteien das Wort: Mit der Amnestie der „minderbelasteten“ Nationalsozialisten wird eine halbe Million Wähler erwartet. Hinzu kommen alle jene, vornehmlich Kriegsheimkehrer, die im Befreiungsjahr noch nicht zur Urne geschritten sind: noch etwa eine halbe Million - demnach eine Million Stimmen in Summe, wie sich bei den Wahlen im Herbst 1949 herausstellt.

Schon Anfang 1948 kommt der Mitglieder- und Stimmenfang auf Touren. Als sich der SPÖ-Redner, Vizekanzler Adolf Schärff, auf einer Heimkehrer-Konferenz gegen die „Privilegien“ der ehemals politisch Verfolgten wendet, protestiert der *Bund der politisch Verfolgten - Landesverband Salzburg* mit SPÖ-Nationalrat Josef Voithofer als Vorsitzenden des Landespräsidiums: Man wolle sich nicht gegeneinander ausspielen lassen.<sup>22</sup>

Für die Empfindlichkeit der ehemals verfolgten Salzburger gibt es handfeste Gründe: vor allem die Fürsprache des Erzbischofs Dr. Andreas Rohrer zugunsten der gemaßregelten Nationalsozialisten - „Nachkriegsopfer“ - und die scharfe Opposition der Berichte und Informationen (Herbert A. Kraus) und Salzburger Nachrichten (Gustav A. Canaval und Viktor Reimann) gegen die Kriegsverbrecher- und Entnazifizierungsgesetze, des Weiteren die illegale Wiederbetätigung ehemaliger Nazis - „Meldekopf Salzburg“ - unter dem Deckmantel legaler Organisationen.

Auch zu diesen Sachverhalten bezieht der *Bund der politisch Verfolgten - Landesverband Salzburg* eine klare Stellung, die am 26. Februar 1948 noch in allen Salzburger Partei-Organen veröffentlicht wird: „1. Die gegen die Grundlagen demokratischer Republik gerichtete Tätigkeit der ehemaligen Nationalsozialisten und besonders auch Publikationen mit neofaschistischer Tendenz [sind] strengstens zu überwachen. [...]“<sup>23</sup>

Der überparteiliche Landesverband Salzburg ist nunmehr von Seiten der Nazi-Fürsprecher dem Verdacht ausgesetzt, sich von den Kommunisten, den „Hochverrätern am österreichischen Volk“, instrumentalisiert zu lassen. Mit den Salzburger Vorgängen und Querelen steht jedoch die in der Bundeshauptstadt Wien fallende Entscheidung zur Auslöschung des privilegierten Verbandes kaum in Zusammenhang. Die Weichen für die künftigen Wahlen mit einer Million neuer Wähler werden jedenfalls in den Wiener Bundeszentralen der beiden Regierungsparteien ÖVP und SPÖ gestellt, bestimmt nicht in Salzburg.

#### Liquidierung der Gemeinschaft der Lagerstraße

Anfang März 1948, nach dem Antrag auf Amnestie der „minderbelasteten“ Nationalsozialisten, häufen sich die bekannten Vorwürfe gegen die Vertreter der KPÖ im *Bund der politisch Verfolgten*, worauf die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP ihre Vertreter aus den Wiener Bundes- und Landespräsidien des *Bundes der politisch Verfolgten* zurückziehen, um daraufhin gemäß § 9 des Privilegierungsgesetzes durch Beschluß des Bundesministeriums für Inneres - Oskar Helmer, SPÖ - sowohl den Bundesverband als auch alle Landesverbände aufzulösen, was kurzerhand geschieht.

Wenige Tage nach der oktroyierten Auflösung des *Bundes der politisch Verfolgten* in der Bundeshauptstadt Wien herrscht allerdings noch Konsens unter den Parteivertretern im Salzburger Landespräsidium, da es in seiner einstimmig beschlossenen Resolution vom 11. März 1948 heißt: „[...] Es wird jedoch einmütig zum Ausdruck gebracht, dass es entgegen den Wiener Verhältnissen im Landesverband Salzburg keinerlei Differenzen parteipolitischer oder sonstiger Art gegeben hat und dass sämtliche Beschlüsse in vollster Einigkeit gefasst wurden. Das Präsidium hat sich jederzeit übereinstimmend und vorbehaltlos für die Wahrung der Rechte der Mitglieder und im Kampf für ein freies und demokratisches Österreich eingesetzt.“<sup>24</sup>

Im Beschluß des Salzburger Landespräsidiums äußert sich der Wille der Mehrheit für einen selbstbestimmten und überparteilichen Verband, doch politisches Kalkül bewirkt auch die Sprengung des Landesverbandes Salzburg und damit die Rand- und Außenseiterstellung der Widerständler und Opfer für immer.

Um den Prozess zu beschleunigen, werden auf Weisung des Innenministers am 17. März 1948 die Räume des Landesverbandes Salzburg, Haydnstraße 2, versperrt und versiegelt. Der letztlich durch Polizeigewalt aufgelöste Landesverband wird im Laufe des Jahres 1948 vom Amt der Salzburger Landesregierung liquidiert. Amtlich weitergeführt wird lediglich die davor vom Landesverband selbst verwaltete Betreuungsstelle - nunmehr ein reines Fürsorgereferat. Außerdem bestehen noch die Interessenvertretungen der „Abstammungsverfolgten“, *Bund rassistisch Verfolgter* und *Jüdisches Komitee*, die jegliche Bevormundung durch politische Parteien abwehren können und daher weiterhin um die Gleichstellung mit den „Kämpfern für ein freies, demokratisches Österreich“ zu streiten haben.

Doch der unter dem Protektorat der Befreiungsarmee gegründete und kaum drei Jahre existierende Landesverband ist für immer ausgelöscht. Es zeigt sich aber bei genauer Betrachtung, dass der Verfallsprozess schon am 21. September 1947 beginnt, als das *Komitee ehemals politischer Häftlinge und Gemaßregelter* im Alleingang sowohl sich selbst wie auch den Einheits- und Dachverband auflöst und einen „privilegierten“ Landesverband der Inhaber der „Amtsbescheinigung“ installiert, dem die Interessenvertretungen der gesetzlich benachteiligten „Abstammungsverfolgten“ aus verständlichem Grund nicht beitreten wollen.

Nach dieser Spaltung und Schwächung des Landesverbandes Salzburg wird innerhalb eines halben Jahres unter allerlei Vorwänden, die den Stimmenfang der Koalitionsparteien kaschieren sollen, die immerhin noch bestehende Einheit der „Kämpfer für ein freies, demokratisches Österreich“ gesprengt. Damit entpuppt sich der nach der Befreiung vielbeschworene „Geist der Lagerstraße“ als Schimäre.

Der letzte Anlauf, der am 21. März 1948 im Peterskeller zur Gründung eines neuen österreichischen KZ-Verbandes unternommen wird, um sowohl die Überparteilichkeit als auch die „Gemeinschaft der Lagerstraße“ zu wahren, scheidet an der Haltung der Koalitionsregierung: Parteidisziplin hat Vorrang gegenüber der Gemeinschaft, kein Aktionskomitee mehr mit Kommunisten, lautet die Devise. Widerständler und sonstige Verfolgte, die Mitglieder der ÖVP und SPÖ sind und bestimmt nicht im Streit mit Kommunisten liegen, dürfen weder dem als überparteilich angekündigten „österreichischen KZ-Verband“ beitreten noch an dessen Veranstaltungen und Gedenkfeiern teilnehmen, wird in den Partei-Organen verlautbart.<sup>25</sup>

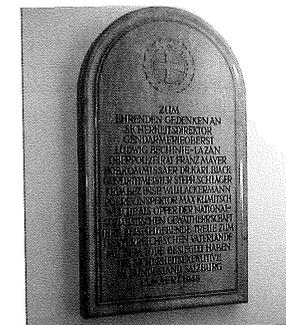
Um jegliche Gemeinschaftsaktion mit Kommunisten zu unterbinden, werden noch im März 1948 von den Koalitionsparteien spezielle Teilorganisationen, *ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten* und *Bund der sozialistischen Freiheitskämpfer*, ins Leben gerufen, denen sich parteizugehörige „Kämpfer für ein freies, demokratisches Österreich“ anzuschließen haben. Mit dieser Vergatterung soll der Überparteilichkeit eines neuen KZ-Verbandes ein Riegel vorgeschoben werden - politisches Kalkül, das allerdings nicht zur Gänze greift.

Der am 25. Juli 1948 im Stieglkeller gegründete *Landesverband Salzburg der österreichischen KZler, Häftlinge und politisch Verfolgten* versteht sich selbst als überparteilich, da seinem Vorstand

neben Kommunisten auch Mitglieder anderer Parteien, Parteiose, Beamte und sogar Polizeioffiziere angehören, und wird dennoch als KPÖ-Organisation kategorisiert und auf Weisung des Innenministeriums observiert.<sup>26</sup>

#### Selbstinszenierung der Elite

Am 10. Jahrestag der Okkupation Österreichs, dem 13. März 1948, also noch vor der erwählten polizeilichen Sperre und Auflösung des vermeintlich privilegierten *Bundes der politisch Verfolgten* in der Haydnstraße, wird im Dom und im damaligen Gebäude der Bundespolizeidirektion, Churfürststraße 1, der „Opfer der Exekutive“ gedacht. Damit sind beileibe nicht die Opfer der Polizeigewalt gemeint, sondern die vom Nazi-Regime verfolgten Polizei- und Gendarmerie-Beamten, die entweder umgekommen oder an den Haftfolgen verstorben sind. Wilhelm Ackermann, Ludwig Behnlein-Lazan, Dr. Karl Black, Max Klimitsch, Franz Mayer und Stephan Schlager sind auf der vom Dompfarrer geweihten Gedenktafel in der Bundespolizeidirektion verewigt.<sup>27</sup>



Gedenktafel  
in der Bundespolizeidirektion  
Foto © Riemer

An dieser patriotischen Feier sind mutmaßlich auch sozialistische Politiker anwesend, doch in der Presse werden als Ehrengäste nur die ÖVP-Spitzen des Landes und der Stadt sowie zwei Honoratioren der katholischen Kirche namentlich erwähnt. Die Würdigung der „Opfer der Exekutive“ ist jedenfalls kein Zeichen der Solidarität mit allen Opfern des Staatsterrors, vielmehr Ausdruck der Staatsloyalität der institutionellen Elite, die sich schon vor dem „Anschluss“ bei der Verfolgung „illegaler“ Kommunisten, Sozialisten und Nazis bewährt hat - beispielsweise Dr. Richard Böhm, Leiter der Wiener Staatspolizei bis zum „Anschluss“, danach Dachauer KZ-Häftling Nr. 28 und ab 1946 Polizeidirektor in Salzburg.

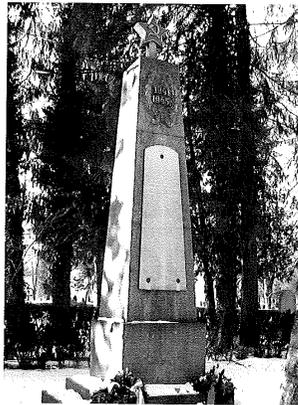
Dr. Richard Böhm hat während seiner Haft im KZ Dachau einige Lieder - *Dachauer Gesänge* - komponiert, die am 1. April 1948, anlässlich des 10. Jahrestages des ersten Deportation, im *Mozarteum* vorgetragen werden. Bei dieser Gedenkfeier, die der Obmann der Salzburger *ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten*, Nationalrat Hermann Rainer, organisiert, treffen einander ehemalige „Dachauer“ und nunmehrige ÖVP-Politiker aus ganz Österreich. Die am folgenden Tag veranstaltete Gedächtnisfahrt nach Dachau, das damals in der deutschen US-Zone liegt, wird vom Salzburger Polizeidirektor geleitet. Danach entsteht durch die *ÖVP-Kameradschaft* auf dem Dachauer Friedhof eine Gedenkstätte, die parteigebundenen Feiern mit kirchlichem Segen dient.<sup>28</sup>

Das Familiengrab des Altlandeshauptmannes Rehr in Morzig ist bei Feiern unstrittiges Terrain der ÖVP, vornehmlich ihres *Cartellverbandes*. Gesucht wird jedoch ein gemeinschaftlicher Gedächtnisort im öffentlichen Raum der Landeshauptstadt, speziell im Umkreis des Geburtshauses von Franz Rehr, das schon beim Umbau des alten Festspielhauses abgetragen worden ist. Erst nach der Wiederherstellung des vom Nazi-Regime in einen Parkplatz umgewidmeten Klostergartens der Franziskaner findet die Stadtverwaltung eine ideale Stelle im Festspielbezirk.

Am 29. August 1953 wird auf dem Max Reinhardt-Platz das an der neuen Klostermauer angebrachte Denkmal zu Ehren des allseits geschätzten Landesvaters und Bauherrn Dr. Franz Rehr enthüllt und geweiht, wobei Kanonikus Steinwender von chargierten Verbindungen flankiert wird. Auf das vorgestrige Ritual folgt ein verbaler Schlagabtausch zwischen den Versöhnungsparteien SPÖ und ÖVP.<sup>29</sup>

**Gedächtnisorte im Kalten Krieg**

Innenminister Oskar Helmer lässt sich durch Landeshauptmann Josef Rehr vertreten, als am 20. Juni 1949 auf dem Kommunalfriedhof das von der sowjetischen Besatzungsmacht eingeforderte Denkmal - ein Obelisk mit rotem Stern, Hammer und Sichel an der Spitze - für die hier begrabenen 55 Sowjetbürger enthüllt wird.

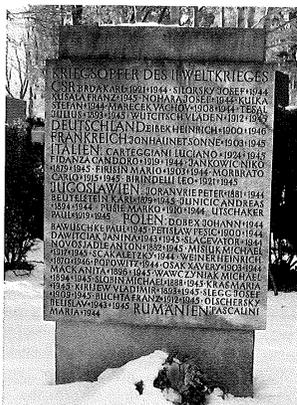


Ehrenmal für die sowjetischen Opfer Foto © Riemer(3)

erseits die zerstückelte österreichische „Gemeinschaft der Lagerstraße“ registriert. Nicht zuletzt wegen dieser Misere wird auf dem ersten Wiener Kongress des *Bundesverbandes der österreichischen KZler, Häftlinge und politisch Verfolgten* am 21. November 1948 beschlossen, bei allen staatlichen Behörden und Regierungsstellen darauf hinzuwirken, dass „der 5. Mai wirklich zu einem Gedenktag für die Naziopfer und Widerstandskämpfer in ganz Österreich wird“.<sup>30</sup>

Das Vorhaben wird von beiden Regierungsparteien, die einen Rechtsruck vollziehen, vereitelt oder auf die lange Bank geschoben. Dessen ungeachtet wird alljährlich sonntags um den 5. Mai eine internationale Befreiungsfeier in der Gedenkstätte Mauthausen veranstaltet, wovon lediglich die KPÖ-Presse berichtet. Darin erfährt man, dass an dieser „Kundgebung für Frieden und Freiheit“, die unter sowjetischem Patronat steht, regelmäßig eine Abordnung des *Landesverbandes Salzburg der österreichischen KZler, Häftlinge und politisch Verfolgten* teilnimmt.<sup>31</sup>

Michael Flöckner, Josef Musil und Richard Schubert, rührige Mitglieder des genannten Salzburger KZ-Verbandes, sorgen dafür, dass etliche der in München-Stadelheim hingerichteten und auf dem Perlachner Forstfriedhof begrabenen Widerstandskämpfer der vormals illegalen KPÖ exhumiert, in ihre Heimat überführt und auf dem Kommunalfriedhof ehrenvoll bestattet werden: Franz Aschenberger, Josef Haidinger, Rudolf Hartl, Leopold Hock, Franz Pöttinger, Josef



Gedenktafel für die Opfer anderer Nationen



Sammelgrab für die in Stadelheim hingerichteten und nach Salzburg überführten Widerstandskämpfer. Von den elf Opfern wurden fünf in Familiengräbern, sechs in diesem Sammelgrab bestattet.

Links daneben wird eine Gedenktafel für Opfer aus anderen Nationen (CSR, Deutschland, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Polen, Rumänien) aufgestellt (beide im sogenannten „Alliierten-Abteil“, Gruppe 56).

In Grödig, Kaprun und St. Johann, wo Tausende sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter beerdigt sind, werden ebenfalls Mahnmäler errichtet und von Delegationen der *Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft* am Befreiungstag Feiern abgehalten, was zu Anfeindungen von Seiten der Revanchisten führt.

Im ersten Nachkriegsjahrzehnt gehört das Mühlviertel inklusive Mauthausen zur Sowjet-Zone. Bei der am 5. Mai 1948 im ehemaligen KZ veranstalteten dritten Befreiungsfeier wird einerseits die Teilnahme etlicher Delegationen aus europäischen Staaten und ander-

erseits die zerstückelte österreichische „Gemeinschaft der Lagerstraße“ registriert. Nicht zuletzt wegen dieser Misere wird auf dem ersten Wiener Kongress des *Bundesverbandes der österreichischen KZler, Häftlinge und politisch Verfolgten* am 21. November 1948 beschlossen, bei allen staatlichen Behörden und Regierungsstellen darauf hinzuwirken, dass „der 5. Mai wirklich zu einem Gedenktag für die Naziopfer und Widerstandskämpfer in ganz Österreich wird“.<sup>30</sup>

**Eisenbahner wider das Vergessen**

In der Nachkriegszeit wird von keiner Partei und Behörde erwogen, an den ehemaligen Terrorstätten, etwa am Franziskanerkloster

und am Gebäude des Landesgerichts, Mahntafeln anzubringen. Davon bleibt der öffentliche Raum lange unberührt. Selbst im ehemaligen Zentrum des Widerstandes und der Verfolgung der Eisenbahner, in den obendriem von Bombardements schwer getroffenen Bahnhof- und Wohnvierteln Gnigl und Itzling, scheint sich mit dem Wiederaufbau das Vergessen oder Verdrängen aller Leiden einzubürgern. Es ist vielmehr so, dass die gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner, zum Großteil Sozialisten, zur Selbsthilfe schreiten, allerdings nicht im öffentlichen Raum, wie anhand eines unveröffentlichten Dokuments belegt werden kann.

Am 23. Jänner 1952 wird das neue *Betriebs- und Verwaltungsgebäude* in der *Remise II* eröffnet und hierauf eine *Gedenktafel* enthüllt, wie in der ÖBB-Dienststellenchronik zu lesen ist: „[...] Im Anschluss an die Eröffnung des Betriebs- u. Verwaltungsgebäudes wurde durch den Landesvertrauensmann der Gewerkschaft der Eisenbahner, Kollegen Otto Seifried, eine von der Landesgruppe des ÖGB gestiftete und im ersten Halbstock des Gebäudes angebrachte Gedenktafel zu Ehren der für ihre Idee und Überzeugung im Kampf gegen den Faschismus in den Jahren 1938 bis 1945 gestorbenen Eisenbahner des Landes Salzburg enthüllt.“<sup>32</sup>



Gedenktafel für Engelbert Weiss

Foto © Riemer

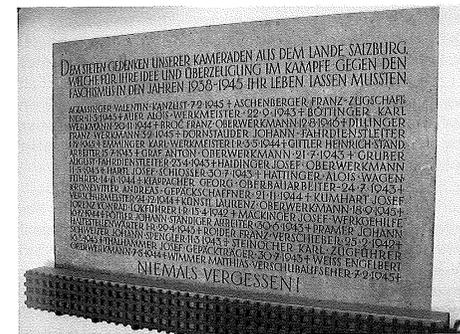
Am 17. Dezember 1954 wird ein Seitenweg der Münchner Bundesstraße nach dem aus Lieferung stammenden und bei Entnahmearbeiten tödlich verunglückten Karl Böttinger benannt und damit - nach Aglassinger, Gruber und Weiß - einem vierten Eisenbahner des sozialistischen Widerstandes die Ehre des Nachruhmes öffentlich zugestanden.

**Judenschmähung und Heldenverehrung**

Die Missachtung der Salzburger Juden zeigt sich schon darin, dass für die Sanierung ihrer erheblich beschädigten Synagoge in der Lasserstraße und ihres geschändeten Friedhofs in Aigen - dort sind etwa 110 Grabsteine verschwunden - keine öffentlichen Mittel zur Verfügung stehen. Als die kleine *Israelitische Kultusgemeinde* an die Stadtverwaltung mit der Bitte um Nachlass der Schulden für die Sanierung des Bürgersteigs herantritt, heißt es lapidar: „Reduzierung der Forderung von S 7.531,60 um die Hälfte in Berücksichtigung der besonderen Umstände, allerdings auch unter Hinweis, dass die heutige Gemeindevertretung keine Verantwortung für die Ereignisse in der Vergangenheit trifft.“<sup>35</sup>

Völlig in Stich gelassen werden die Salzburger Juden von den christlichen Kirchen, speziell von Erzbischof Dr. Rohrachser, der sich vornehmlich für die Wohlfahrt der ehemaligen Nationalsozialisten und sogar für die Freilassung von Kriegsverbrechern einsetzt.<sup>37</sup>

Proteste gegen Wiederbetätigung und Pardonierung von Kriegsverbrechen stehen lediglich auf dem Papier. Doch nachweislich einmal, Anfang April 1951, als *Die unsterbliche Geliebte*, der erste literarische Nachkriegsfilm des Regisseurs Veit Harlan, berüchtigt durch den Nazi-Pogromfilm *Jud Süß*, im Elmo-Kino aufgeführt werden sollte, bildet sich spontan eine Demonstration von Widerstandskämpfern und Juden, an ihrer Spitze Simon Wiesenthal, die in ein Spalier von aufgehetzten Rechtsextremisten geraten und von diesen mit antisemitischen Schmährufen und Fäusten traktiert werden, worauf die Bundespolizei mit ihren Knüppeln eingreift, aber bezeichnenderweise auf ehemalige KZler und politisch Verfolgte ein-



Gedenktafel im Haus Röcklbrunnstr. 12

Foto © Riemer

Das Besondere liegt nicht im Text, sondern in der namentlichen Ehrung von 28 Eisenbahnern, gleich ob diese als illegale Sozialisten oder Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus umgekommen sind: Valentin Aglassinger, Franz Aschenberger, Alois Auer, Karl Böttinger, Franz Broz, Franz Dillingner, Johann Dorndauber, Karl Emmeringer, Heinrich Gittler, Anton Graf, August Gruber, Josef Haidinger, Rudolf Hartl, Alois Hattinger, Georg Klappacher, Andreas Kronewitter, Josef Kumbhart, Laurenz Küntz, Konrad Lorenz, Josef Mackinger, Johann Pöttler, Johann Pramer, Franz Roider, Johann Schweitzer, Karl Steinocher (sen.), Josef Thalhammer, Engelbert Weiß und Mathias Wimmer.<sup>34</sup>

In der Sinnstiftung bilden die Toten eine Gemeinschaft, denn zumindest hier sind die einst getrennten politischen Wege der widerständigen Eisenbahner bedeutungslos. Aufrechte Willensstärke und Gesinnung der Eisenbahner, ihrer Gewerkschaftler wie Otto Seifried und Ferdinand Putz, offenbaren sich aber darin, dass mit ihrer Totenerkundung der durch partipolitische Querelen und Ost-West-Propagandakriege aufgerissene Graben übersprungen wird - allerdings abseits der Öffentlichkeit, der hier vorherrschenden Politik der Missachtung des Widerstandes.

schlägt und dabei einige verletzt, etwa den jüdischen Religionslehrer Pinkas Spiegel und den Vizepräsidenten der Arbeiterkammer Ferdinand Putz, der zugleich Obmann des *Bundes der sozialistischen Freiheitskämpfer* ist.<sup>38</sup>

In diesen Ausschreitungen zeigt sich die Frontstellung zwischen dem Rest der einstigen „Gemeinschaft der Lagerstraße“ und der Staatsgewalt, ihrem geschützten autoritären und antisemitischen Potenzial, das zwar durch das Einschreiten der US-Besatzungsmacht kurzfristig eingedämmt werden kann, aber weiterhin zum Vorschein kommt und jene Spuren zurücklässt, die man später als „braune Flecken“ titulierte.

Obschon in der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 der Zweite Weltkrieg als „sinn- und aussichtsloser Eroberungskrieg“ definiert wird, kommt im „Kalten Krieg“ die Praxis der Sinnstiftung und Heldenverehrung vollends in Schwung. Nicht genug mit den beiden Kriegerdenkmälern auf dem Kommunalfriedhof, sie vermehren sich explosionsartig im öffentlichen Raum: beinahe in jedem Stadtteil ein geweihter Ort mit „Eisernem Kreuz“ und mit Namen von Kriegstoten, denen – allerdings unter Ausschluss der Widerstandskämpfer, Deserteure und Verweigerer des „Führer“-Eides – die Ehre in soldatischer Formation erwiesen wird.

Bei den Denkmalenthüllungen und Kameradschaftstreffen, die in den 50er Jahren unter der Schirmherrschaft des Salzburger Landeshauptmannes Dr. Josef Klaus stehen, werden sogar Auftritte von Ritterkreuzträgern sowie das Tragen von Uniformen und Orden des Zweiten Weltkrieges stillschweigend toleriert. Verstöße gegen das Verbotsgesetz vom 8. Mai 1945 werden nicht einmal geahndet, als zu Allerheiligen 1954 eine Abordnung ehemaliger SS-Männer einen Kranz mit dem Zeichen der Kriegsverbrecher-Organisation beim alten Heldendenkmal auf dem Kommunalfriedhof niederlegt, wo die Salzburger Polizei Ehrenwache hält.<sup>39</sup>

Nach dem ersten Jahrzehnt öffentlicher Wohlfahrt für Nationalsozialisten entdeckt die katholische Kirche den primären Gedächtnisort der KZler in Österreich. Im Vorfeld der Einweihung der Salzburger *Friedenskirche St. Elisabeth* veranstaltet das *Pax Christi-Komitee* unter der Leitung des Stadtpfarrers Franz Wesenauer einen Sühnegang, der am Sonntag, dem 2. Oktober 1955, zur Gedenkstätte Mauthausen führt. Unter den Teilnehmern dieser Friedens- und Versöhnungskundgebung befinden sich sowohl ehemals Verfolgte, die der *ÖVP-Kameradschaft* angehören, wie auch ehemalige Nationalsozialisten und an deren Spitze der Erzbischof von Salzburg, Dr. Rohrer.

Daran schließt ein weiterer symbolischer Akt: Am 8. Oktober 1955 wird in der neuen *Friedenskirche St. Elisabeth* der sogenannte Sühnealtar mit einer aus dem Steinbruch von Mauthausen stammenden Tischplatte geweiht, die von einem KZler und einem Nazi gemeinsam gestiftet worden ist.<sup>40</sup>

#### Mahnmal auf dem Kommunalfriedhof

Das Grab des „unbekannten KZlers“ auf dem Kommunalfriedhof (in Gruppe 72) bleibt über ein Dezennium die Gedenkstätte sowohl des *Landesverbandes Salzburg der österreichischen KZler, Häftlinge und politisch Verfolgten* als auch des *Bundes der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus*, die jedoch zu

Allerheiligen ungleichzeitig auftreten. Hinterher liegen immerhin die Kränze der gewaltsam entzweiten „Gemeinschaft der Lagerstraße“ friedvoll beisammen.

Am 1. November 1950, als die aus Bayern überführte Asche von sieben Salzburger Widerstandskämpfern auf dem Kommunalfriedhof feierlich bestattet wird, bekundet Bürgermeister Anton Neumayr, dass er sich als Salzburger verpflichtet fühle, für die toten Helden eine würdige Stätte zu schaffen – „und so werden wir uns im Gemeinderat mit dieser Frage befassen und dafür Sorge tragen, dass in den Lese- und Geschichtsbüchern der Schulen verkündet wird, was die Helden für Österreich, für Salzburg und für die ganze Welt getan haben“.<sup>41</sup> In der Amtszeit des Bürgermeisters Neumayr – krankheitsbedingter Rücktritt zum Jahresende 1951 – wird für das Gedenken am KZ-Ehrenmal mit dem schlichten Holzkreuz immerhin eine Blumendekoration und Ehrenwache genehmigt – begrenzt auf zehn Jahre bis einschließlich Allerheiligen 1960.<sup>42</sup>

Die prinzipiell uneinigen Verbände, *Österreichische KZler* und *Sozialistische Freiheitskämpfer*, wollen sich aber mit Halbheiten nicht abspesen lassen und forcieren daher, allerdings gesondert, Pläne für ein „überparteiliches Mahnmal“ – ein gemeinsames Ziel auf getrennten Wegen in der Amtszeit des Bürgermeisters Stanislaus Pacher (SPÖ), der jedoch anstelle eines separaten Mahnmals lieber ein großes Denkmal für alle Kriegsoffer, für Soldaten, Zivilisten und KZler, realisieren möchte. Erst als dieses Vorhaben an der Gegnerschaft des *Kameradschaftsbundes* scheitert, bietet sich die Chance für ein Mahnmal, dessen Gestaltung von einem Komitee bestimmt werden soll, in dem die Verbände der ehemals Verfolgten mit Ausnahme der „Abstammungsverfolgten“ vertreten sind.<sup>43</sup>

Verbürgt ist, dass sich das Komitee am 16. März 1954 für den Entwurf des Bildhauers Josef Magnus entscheidet: ein Mahnmal mit kettensprengendem KZler und KZ-Zeichen (Dreieck) der politisch Verfolgten. Dagegen erhebt Bürgermeister Pacher als Auftraggeber seinen Einwand: „keine Wotruba-Ähnlichkeit in der Gestaltung“. Bestimmend ist jedoch die unversöhnliche Haltung der Mahnmal-Gegner, wie sie in der akkurat am 16. März 1954 publizierten Glosse „Vorsicht!“ zum Ausdruck kommt: „[...] Auf den mehr oder weniger entwurfsbedeckten Arbeitstischen entstanden sie dann, die Ideogramme des Gedenkens für jene Toten, denen der Normalbürger gar nicht oder bestenfalls ungenen einen ehrenvollen Tod zubilligt.“<sup>44</sup>

Selbst die von Überlebenden und Hinterbliebenen geführte Klage über die Schmähung der toten KZler nützt nur dem ideologischen Gegner, der vom *Verband der Unabhängigen* und – nach der Neukonstituierung – von der *Freiheitlichen Partei Österreichs* im Gemeinderat und Landtag vertreten wird. Von dieser Seite wird die Finanzierung des KZ-Mahnmals solange verschleppt, bis ein allseits genehmer Entwurf auf dem Tisch der beiden Auftraggeber, der Stadt und des Landes, liegt.

„Das Ehrenmal, das nach einem Entwurf von Prof. [Ernst] Kubiena gestaltet wurde, besteht aus einem einfachen Marmorblock mit der Inschrift: DEM GEDENKEN DER OPFER FÜR FREIHEIT UND MENSCHENWÜRDE. Vor dem Stein befindet sich ein aus rot-weißem Marmor gebildetes Staatswappen inmitten einer Dornenkrone aus Schmiedeeisen.“<sup>45</sup>

Am Samstag, dem 31. Dezember 1955, wird das christlich und patriotisch geprägte Ehrenmal auf dem Kommunalfriedhof ge-

#### Vermischte Ehrenschilder

Im ersten Vierteljahrhundert nach der Befreiung Österreichs mehren sich die Ehrenschilder der florierenden Festspielstadt. Hier finden sich sowohl die vom Deutschen Reich mit Sonderprivilegien ausgestatteten Kulturträger Wilhelm Furtwängler, Clemens Krauss, Hans Pfitzner, Josef Thorak und Richard Strauss als auch die vom selben Gewaltregime geächteten Namen Max Reinhardt und Arturo Toscanini (zwei Rückbenennungen), Hugo von Hofmannsthal, Lotte Lehmann, Alexander Moissi, Oskar Kokoschka, Arthur Schnitzler, Bruno Walter und Stefan Zweig.

Auf Vorschlag des ÖVP-Vizebürgermeisters Hans Donnenberg sollte der Weg, der am Haus Kapuzinerberg 5 vorbeiführt, den Namen Stefan Zweig tragen, doch die eigene Fraktion äußert „religiöse Bedenken“ gegen einen jüdischen Namengeber für den ehrwürdigen Passionsweg zum Kloster. Der interne Konflikt endet im Dezember 1956 mit einem kleingeistigen wie kostensparenden Kompromiss: Die Hausadressen auf dem Kapuzinerberg bleiben unangetastet, lediglich der nach der letzten Kreuzwegstation und dem Kapuzinerkloster in den Wald führende Wanderweg erhält den Namen des weltberühmten Dichters und Pazifisten, der durch eine antisemitisch motivierte Hausdurchsuchung nach Waffen im Februar 1934 aus Salzburg vertrieben worden ist.

Für die ÖVP, die im Jahr 1960 ein sichtbares Zeichen der Versöhnung mit der unruhlichen Vergangenheit setzen möchte, scheint Antisemitismus kein Hindernis zu sein, ebenso wenig die politische Agitation der frühen österreichischen Nazi-Partei (DNSAP) unter ihrem Landesobmann Hans Proding, was aber im ÖVP-Antrag verschwiegen wird – mit dem Ergebnis, dass Schlachthausgasse einstimmig in Hans Proding-Straße umbenannt wird.

Der im KZ Dachau umgekommene Politiker steht aber keineswegs in einer Reihe mit den hingerichteten Widerstandskämpfern. Bei diesen dauert es wiederum geraume Zeit, bis sich allseits Bereitschaft einstellt, die Gräben der Unversöhnlichkeit zu überspringen, wobei die Deutungselastizität in der Ära des Bürgermeisters Alfred Bäck hilfreich ist.

Unter den zwanzig Verkehrsflächen, die mit einstimmigem Beschluss des Gemeinderates vom 30. Juli 1965 neubenannt werden, befinden sich zwei Namengeber, Hans Graber und Rosa Hofmann, die hingerichtet worden sind, wie den amtlichen Kurzbiographien zu entnehmen ist. Während aber Hans Grabers Funktion im „Ständestaat“ und seine unterm Nazi-Regime aufrechte patriotische Gesinnung Beachtung finden, bleibt Rosa Hofmanns kommunistische Vergangenheit im Dunkeln. Stattdessen wird das politisch unbedenkliche Herkunftsmilieu der Frau ins rechte Licht gerückt: „[...] Kind einer sozialdemokratischen Arbeiterfamilie, wurde in den Kriegsjahren eine Salzburger Widerstandskämpferin gegen das NS-Regime, verteilte illegale, antimilitaristische Flugschriften. [...]“<sup>46</sup>

Die Geschichtsglättung, bedingt durch antikommunistische Grundstimmung, manifestiert sich ebenso in der amtlichen Biographie Franz Öfers: „[...] In den Jahren des NS-Regimes betätigte er sich als Widerstandskämpfer, um sich als Idealist für Menschenrecht und Freiheit einzusetzen. [...]“<sup>47</sup> Es wird jedenfalls zu Recht der Itzlinger Friseurgeselle Franz Öfer, der im Jahr 1943 als Obmann der illegalen KPÖ-Landesleitung enthaupet worden ist, im Jahr 1967 durch Namengebung eines Weges in Itzling geehrt und damit auch



Ehrenmal im Kommunalfriedhof

Foto © Archiv der Stadt Salzburg

weht. Landeshauptmann Dr. Klaus lässt sich wie üblich vertreten. In Eintracht gedenken jedoch alle Verbände und Parteien ihrer „Opfer für Freiheit und Menschenwürde“. Es wird aber vornehmlich registriert, dass eine Abordnung der *Freiheitlichen Partei Österreichs* einen imposanten Kranz niederlegt, auf dessen blauer Schleife eine doppeldeutig zu verstehende Widmung zu lesen ist: „Dem Gedenken der Opfer – der Nationalen und Freiheitlichen“.<sup>48</sup>

Darunter versteht die FPÖ keineswegs die Opfer des Nazi-Terrors wie den Kanzler Engelbert Dollfuß oder den KZler Michael Charutschenko, sondern ausdrücklich die eigenen „Opfer für Freiheit und Menschenwürde“, nämlich jene illegale Nationalsozialisten, die in der österreichischen Diktatur verfolgt oder hingerichtet worden sind, wie aus dem Bericht des FPÖ-Organs *Die neue Front* unschwer hervorgeht.<sup>49</sup>

Nach der demonstrativen Platzergreifung und Ehrung der schwerbelasteten Nazis, Hochverräter und Putschisten werden wie ehedem ausschließlich gesonderte Feiern der stark fraktionierten „Gemeinschaft der Lagerstraße“ abgehalten. In unmittelbarer Nähe des neuen Mahnmals besteht hingegen nationaler Konsens. Die am 26. Juni 1957 feierlich eröffnete niederländische Ehrenanlage umfasst 89 Soldatengräber und einen Gedenkstein für die 1.650 im KZ Mauthausen umgekommene Deportierten. Bei der Enthüllung lässt sich der Landeshauptmann wiederum durch den Landesamtsdirektor vertreten.<sup>48</sup>



Niederländische Ehrenanlage

Foto © Riemer

die gut zwanzig Jahre währende Standhaftigkeit des kommunistischen Gemeinderates Heinrich Falterbauer, dessen Einmann-Fraktion im Herbst 1967 zu Ende geht, stillschweigend anerkannt.

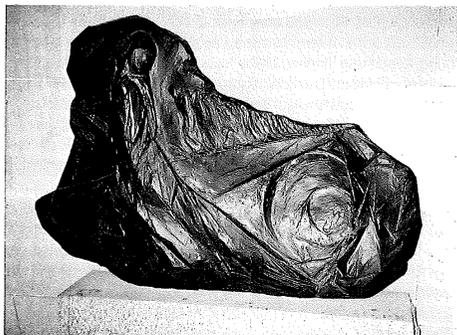
Im Lauf der Zeit werden immerhin einige sozialdemokratische „Vorkämpfer“, Verfolgte der Jahre 1934 bis 1945, durch Namengebung von Straßen und Plätzen gewürdigt: Eduard Baumgartner, Karl Emminger, Christian Laserer, Anton Neumayr, Franz Peyrerl, Robert Preußler und Alois Witternigg. Bei Neumayr und Peyrerl stehen freilich die Verdienste um den Wiederaufbau im Vordergrund, desgleichen bei den ÖVP-Politikern Hans Donnemberg, Anton Porenta, Richard Hildmann und Adolf Schemel.

Zu den einst verfolgten Katholiken und Patrioten zählt auch der streitbare Schriftsteller Josef August Lux, dessen *Goldenes Buch der vaterländischen Geschichte für Volk und Jugend Österreichs* am 30. April 1938 auf dem Residenzplatz verbrannt worden ist. Sein Name steht auf einer Liste der Deportationen in das KZ Dachau und seit 1968 im Straßenverzeichnis der Stadt Salzburg.

Weit über das Jahr 1968 hinaus werden annähernd zwei Dutzend städtische Verkehrswege nach Persönlichkeiten benannt, über deren Teilhabe an der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft jegliche Information unterdrückt wird, obschon beispielsweise die zynisch-aggressiven Reime, die Augustin Ableitner vulgo „Blasi“ angesichts der ersten Deportation im April 1938 publiziert hat, in einem Buch, das in der öffentlichen Universitätsbibliothek aufliegt, nachzulesen sind: „Dachau ist eine zünftige Gegend / und sehr gesund, appetitanregend. [...]“<sup>51</sup>

**Zeichen des Umdenkens**

Nicht zuletzt wegen des in Salzburg vorherrschenden Antisemitismus läuft der Umdenkprozess äußerst zäh. Ein sichtbares Zeichen wird am 27. Juli 1972 im Rahmen der ersten „Christlich-Jüdischen Begegnung“ gesetzt, als Pfarrer Franz Wesenauer in seiner Friedenskirche St. Elisabeth das Relief „Jüdische Passion“ enthüllt und einweiht: „Das Relief ‚Jüdische Passion‘ der deutschen Bildhauerin Yrsa von Leistner soll auch für unsere Nachkommen das unermessliche Leid des jüdischen Volkes in der NS-Zeit für immer in Erinnerung halten, damit sich ein solches nicht wiederhole.“<sup>52</sup>



Yrsa von Leistner: Jüdische Passion Foto © Kerschbaumer

Das Versprechen des Landeshauptmannes Wilfried Haslauer anlässlich des 100. Geburtstages von Stefan Zweig, dem im Exil Verstorbenen ein ehrenvolles Gedenken zu bewahren, wird am 8. Oktober 1983 eingelöst. Bei der Enthüllung der Bronzeplastik des Bildhauers Josef Zenzmaier an der Mauer des Kapuzinerklosters erklärt der Landeshauptmann, dass damit eine Ehrenschuld Salzburgs erfüllt werde.<sup>53</sup>



Josef Zenzmaier  
Stefan Zweig  
Foto © Kerschbaumer

Im Jahr 1985, vierzig Jahre nach der Befreiung, zeitigt der Umdenkprozess verschiedene Zeugnisse des Mahnens und erstmals eine Einhelligkeit, die auch darin zum Ausdruck kommt, dass Landeshauptmann Wilfried Haslauer (ÖVP) und Bürgermeister Josef Reschen (SPÖ) persönlich und gemeinsam Enthüllungen vornehmen.

Vor dem Haus Ischlerbahnstraße 15, in dem einst von Verfolgungen und Bombardements stark betroffenen Stadtteil Itzling, befindet sich seit dem 1. Mai 1985 ein von der Stadtgemeinde gestiftetes



Die Künstlerin Eva Mazzucco (Mitte), LH Haslauer (li) und Bgm. Reschen bei der Einweihung des Mahnmals für die Bombenopfer Foto © Archiv der Stadt Salzburg

Denkmal. Angesichts der von Eva Mazzucco gestalteten Skulptur, die als Symbol der Hoffnung zu deuten ist, erinnert der Historiker Rudolf Ardelit daran, dass die Eisenbahner dem faschistischen Terror ihre Vision einer friedlichen Welt entgegenzusetzen haben.<sup>54</sup>

Das im Jahr 1901 errichtete jüdische Gotteshaus, ein von der Lasserstraße zurückversetztes Gebäude, ist im Verlauf seiner Geschichte selbst zum Mahnmahl geworden: Schändung und Zerstörung nach der sogenannten Reichskristallnacht am 10. November 1938, langwieriger Wiederaufbau in der Nachkriegszeit, immer begleitet von gehässigen Anfeindungen, was die *Israelitische Kultusgemeinde* unter ihrem Präsidenten Marko M. Feingold zur Vorsicht mahnt. Daraus erklärt sich, dass der von Stadt und Land gewidmete Gedenkstein nicht im öffentlichen Raum, sondern auf dem durch einen Gitterzaun geschützten Vorplatz der Synagoge aufgestellt wird. Im Zentrum der Enthüllungsfeier am 8. November 1985 steht das offizielle Einbekennen der Mitschuld an der Verfolgung der Juden, wie aus Berichten hervorgeht. Daraufhin wird von Unbekannten ein Judenstern auf das Haus des Steinmetzen gemalt, der das Mahnmahl geschaffen hat.<sup>55</sup>



Der Vorsitzende der israelitischen Kultusgemeinde Feingold (re.) und Bgm. Reschen bei der Enthüllung des Gedenksteins im Park der Synagoge Foto © Archiv der Stadt Salzburg

Die Bezeichnungen Roma und Sinti haben sich im Gedenkjahr 1985 kaum eingebürgert, wie auch die Diskriminierung der „Zigeuner“ noch andauert, doch dank der Forschungen der Historikerin Erika Thurner weiß man auch in Salzburg über das Zwangsarbeitslager Bescheid. Das im Auftrag der Stadtgemeinde vom Künstler Zoltan Pap gestaltete Mahnmahl wird allerdings nicht in Maxglan errichtet, sondern am Iganz Rieder-Kai, in der Nähe der ehemaligen Trabrennbahn mit ihren Pferdestallungen, die zwischendurch als Lager gedient haben. Diese Situierung führt zu Fehldeutungen, wie anhand eines Presseberichtes über die Enthüllung des „Zigeunerdenkmals“ am 14. Dezember 1985 gezeigt werden kann: „Von hier aus wurden im April 1943 etwa 300 Zigeuner nach Auschwitz deportiert.“<sup>56</sup>

Ein Mahnmahl sollte einen Bezug zum damaligen Geschehen herstellen und zugleich an einem frequentierten Ort stehen. Diese Kriterien gelten auch für das Euthanasie-Mahnmal, das im Juni 1987 vom „Arbeitskreis Psychiatrie“ angeregt wird. Damit beginnt eine vieljährige Debatte um den Standort: Die zuerst vorgesehene Aufstellung im Bereich der Landesnervenklinik, vormals „Landes-Heilanstalt“, welche die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, die Vergasung



Bgm Reschen (li.) und LH Haslauer (re.) bei der Einweihung des Mahnmals für Roma und Sinti Foto © Archiv der Stadt Salzburg

von 262 Menschen im Jahr 1941, mitzuverantworten hat, kommt wegen der psychologischen Bedenken des Anstaltsleiters nicht zustande. Dieser gibt lediglich seine Einwilligung zur Anbringung einer Gedenktafel beim Tor der Anstaltskapelle, wo sie von Landeshauptmann Haslauer zu Allerseelen 1989 enthüllt werden kann.

Mit dieser Minimalpflicht des Gedenkens wollen sich die Initiatoren und die Stadtgemeinde nicht zufrieden geben. Als sich eine knappe Mehrheit der befragten Bürger gegen die Situierung eines Mahnmals in der Franz Josef-Straße, vor dem ehemaligen *Gauamt für Volksgesundheit*, ausspricht, wird dem beschämenden Verlauf ein Ende gesetzt, indem die Stadtgemeinde einen Platz im städtischen Kurgarten nächst dem Schloss Mirabell als Standort wählt und einen Wettbewerb ausschreibt. Nach der Prämierung des Projektes von Otto Saxinger dauert es kaum ein halbes Jahr, bis das Euthanasie-Mahnmal an seinem repräsentativen Ort aufgestellt ist. Bei der zu Allerheiligen 1991 veranstalteten Feier warnt Rainer Danzinger, Primar der Psychiatrie, vor jedweder Ausgrenzung.<sup>57</sup>



Gedenktafel an der Außenwand der Anstaltskapelle der Christian-Doppler-Klinik Foto © Kerschbaumer

Ausgrenzungen beruhen allerdings auf machtgeschützten Traditionen, an denen nicht gerüttelt werden darf. Als das Anliegen des Friedensbüros, am großen Kriegerdenkmal eine Zusatztafel für

Kriegsdienstverweigerer und Deserteure der deutschen Wehrmacht anzubringen, keine Zustimmung von Seiten der ÖVP, SPÖ und FPÖ findet, inszeniert der Künstler Wolfram P. Kastner auf dem Kommunalfriedhof ein Gedenken, das jedoch von der Bundespolizei verfolgt und bestraft wird. Das von ihr als Brauch deklarierte Gedenken der SS-Kameraden kann hingegen weiterhin zu Allerheiligen anstandslos abgehalten werden.



Euthanasie-Mahnmal  
im Kurpark  
Foto © Riemer

### Die Dankesschuld

Im sogenannten Bedenkjahr 1988 wird immerhin die Straße, die den Namen des einstigen Dachau-Huldigers Augustin Ableitner trägt, in St. Vitalisstraße umbenannt, allerdings erst nach hitzig geführten Debatten über die vielen „braunen Schilder“. Dabei offenbart sich ein verkrampter und verengter Umgang mit alten Traditionen. Antisemitismus allein ist jedenfalls kein ausreichender Grund, einem Namengeber wie Hans Pfitzner oder Julius Sylvester die Ehre des Nachruhmes abzusprechen.<sup>58</sup>

Im Folgenden werden aber ausschließlich die wahren Anliegen ins Blickfeld gerückt. Am 30. April 1987, 49 Jahre nach der Bücherverbrennung auf dem Residenzplatz, gedenkt die *Salzburger Autorengruppe* der einst geächteten und für immer vertriebenen Schriftsteller. Auf dem Residenzplatz hält Erich Fried, schwerkrank aus London angereist, seine Rede „Die Dankesschuld“. Hernach wird die von 91 Autorinnen und Autoren unterzeichnete Resolution verlesen, in der die symbolische Ehrung eines zu Unrecht vergessenen Dichters eingemahnt wird.<sup>59</sup>

Diese Initiative fruchtet, da alsbald im Gemeinderat die Benennung einer Straße nach dem aus Salzburg geflüchteten und 1948 im Exilland Schweiz verstorbenen Dichter Jakob Haringer beschlossen wird. Am 28. Juni 1988 besorgt Bürgermeister Josef Reschen die Enthüllung des Ehrenschildes „Jakob-Haringer-Straße“ in Itzling (Techno-Z). Außerdem erscheint eine Auswahl der hierzulande in Vergessenheit

geratenen Werke Haringers unter dem Titel *Aber des Herzens verbrannte Mühle tröstet ein Vers* (Residenz Verlag, Salzburg 1988).

Im Bedenkjahr 1988 wird noch an die Vertreibung Carl Zuckermayers aus Henndorf erinnert, worauf dem in der Schweiz verstorbenen berühmten Dramatiker eine Straße in Kasern gewidmet wird. Es missglückt jedoch das Bemühen, den ebenso vertriebenen pazifistischen Schriftsteller Alexander Moritz Frey der Öffentlichkeit ins Gedächtnis zurückzurufen. Anerkennung bleibt somit auch seinem im Exilland Schweiz veröffentlichten Salzburger Schlüsselroman *Hölle und Himmel* versagt.

Überraschend schnell findet hingegen der im November 1988 verstorbene Erich Fried Aufnahme im Salzburger Straßenverzeichnis. Obschon ÖVP und FPÖ ihre politischen Vorbehalte äußern, wird noch im Jahr 1989 auf Vorschlag der Gemeinderätin Anita Pirker mit den Stimmen der SPÖ und Bürgerliste beschlossen, dass eine neue Aufschließungsstraße in der Eichthofsidlung den Namen „des bedeutenden österreichischen Dichters und NS-Verfolgten“ tragen soll. Sein Gedicht *Salzburg?* beginnt mit dem trefflichen Vers „Schönheit von Unerträglichkeit bewohnt ...“

Einhellige Zustimmung findet der im Bedenkjahr 1988 von der ÖVP-Fraktion eingebrachte Antrag, anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ eine noch zu bestimmende repräsentative Verkehrsfläche als „Menschenrechtsplatz“ zu bezeichnen. Seit 1990 führt diesen Namen der Vorplatz der neuen Naturwissenschaftlichen Fakultät in Freisaal (per Adresse Hellbrunner Straße 34).

### Später Trost

Eine gewichtige Initiative nimmt Bezug auf die 50-jährige Wiederkehr der Besetzung und Annexion Österreichs. Am 18. Februar 1988 ersucht das *Antifaschistische Personenkomitee*, die Benennung von neuen Straßen nach Salzburger Opfern des NS-Terrors und Widerstandskämpfern mittels eines Grundsatzbeschlusses in die Wege zu leiten: „Wir möchten nicht verschweigen, dass die oft recht betagten Verwandten die Ehrung als einen sehr späten aber noch rechtzeitigen Trost empfinden. In einem Fall wurde die angeregte Ehrung eines Angehörigen von den Geschwistern abgelehnt, weil sie erst nach Jahrzehnten des Verschweigens erfolgen sollte. Vielleicht mindert das März-Gedenken diese Kränkung und erfolgt auch in diesem Falle die Zustimmung zur Ehrung.“<sup>60</sup>

Diesem Ansuchen, das an Bürgermeister Reschen adressiert ist, werden die Biografien folgender Widerstandskämpfer und Opfer des NS-Terrors beigelegt: Dr. Adolf Altmann, Anton Graf, Josef Haidinger, Leopold Hock, Anna Berta Königsegg, Josef Pfeffer, Anna und Anton Reindl, Josef Peter Reischenböck, Karl Schallmoser, Dr. Franz Seywald, Kanonikus Leonhard Steinwender, Ernst Stoiber und Josef Wartinger. Ein separater Antrag wird für Josef Hofkirchner eingereicht.

Wie erwartet wird im Gemeinderat der Grundsatzbeschluss gefasst, dass künftig Verkehrsflächen verstärkt nach Widerstandskämpfern und Opfern des NS-Terrors benannt werden sollen. Repräsentative Straßenzüge sind jedoch rar, Umbenennungen grundsätzlich unerwünscht und obendrein eine kostspielige Angelegenheit. Es kommen daher lediglich Seitenwege oder abgetrennte Trassen zur

Namengebung in Frage, was den Anschein von Verlegenheitslösungen erweckt. Außerdem wird im Laufe von neun Jahren weniger als die Hälfte der Vorschläge berücksichtigt.

Die symbolische Ehrung Dr. Adolf Altmanns, des in Auschwitz ermordeten Rabbiners und Begründers der *Israelitischen Kultusgemeinde* in Salzburg, kann nicht länger hinausgezögert werden. Sein Name wird noch im Jahr 1988 auf Schildern entlang der alten Trasse der Berchtesgadner Straße beim Kommunalfriedhof verewigt. Damit geht allerdings der langgehegte Wunsch des Präsidenten der *Israelitischen Kultusgemeinde*, Hofrat Marko M. Feingold, in Erfüllung. Es ist ebenso seiner Initiative zu verdanken, dass Adolf Altmanns längst vergriffenes Werk *Geschichte der Juden in Stadt und Land Salzburg* mit öffentlicher Unterstützung neu aufgelegt und ergänzt wird (Otto Müller Verlag, Salzburg 1990).

Im Jahr 1988 steht überdies die Benennung einer privaten Wohnanlage in Gnigl zur Debatte: „Anna Berta Königsegg-Hof“ – ein nicht realisierbarer Vorschlag des Kulturausschusses, wie sich herstellt. Die Zufahrtsstraße zur neuen Wohnanlage, Minnesheimstraße 12 - 16, darf jedoch den Namen der couragierten Frau Anna Berta Königsegg tragen, die als Visitatorin der *Barmherzigen Schwestern* gegen die Euthanasie aufgetreten ist. Des Weiteren bekommt der Fußweg, der hinter der Wohnanlage vorbeiführt, den Namen des Eisenbahners Josef Haidinger, der als Widerstandskämpfer hingerichtet worden ist.



Die Frauenbeauftragte der Stadt Salzburg, Stranzinger, und Bgm. Schaden vor der Anna-Berta-Königsegg-Gedenktafel  
Foto © Archiv der Stadt Salzburg

Josef Hofkirchner, Überlebender des Terrors und verdienstvoller Beamter der Stadtverwaltung, der Anfang der 80er Jahre gestorben ist, wird im Jahr 1989 durch Namengebung eines Verbindungsweges zwischen Lehen und Taxham geehrt, womit auch der Wunsch seiner Hinterbliebenen in Erfüllung geht. Nachweislich einmal können jedoch Anrainer ihren speziellen Wunsch durchsetzen, weshalb der Vorschlag des Kulturausschusses zur Benennung eines Weges nach Leopold Hock zurückgestellt werden muss – er scheint aber in Vergessenheit zu geraten.

In den 90er Jahren kommt der besagte Grundsatzbeschluss wenige Male zur Anwendung: 1994 erhält ein Weg am Stadtrand, knapp vor Himmelreich, den Namen des im 21. Lebensjahr enthaupteten Widerständlers Ernst Stoiber, eines Gesinnungsgenossen Rosa Hofmanns. Nach Kanonikus Leonhard Steinwender, dem Autor

des Erinnerungsbuches *Christus im KZ*, wird im Jahr 1996 ein Weg nahe des Friedhofes Maxglan benannt. Zur Ehrung des Eisenbahners Anton Graf, der wegen seiner sozialistischen Gesinnung getötet worden ist, findet sich im Jahr 1998 ein Weg, der von der Fürbergstraße zur Bahntrasse in Gnigl abzweigt.

Ehrenschilder sind in Salzburg nicht mit Erläuterungstexten ausgestattet, weshalb die Nachwelt uninformatiert bleibt. Komplizierte Vorgänge lassen sich allerdings schlecht sichtbar machen, beispielsweise die im Jahr 1956 an „religiösen Bedenken“ gescheiterte Benennung des Weges entlang den Kreuzstationen nach dem Juden Stefan Zweig, was nach vierzig Jahren in die Öffentlichkeit dringt. Im März 1996 wird auf Antrag der Bürgerliste im Gemeinderat einstimmig der Beschluss gefasst, dass der gesamte Weg auf den Kapuzinerberg, somit auch der Passionsweg zum Kapuzinerkloster, fortan „Stefan-Zweig-Weg“ heißen soll. Die Postadressen bleiben jedoch unverändert: Kapuzinerberg 1 bis 9.

### Ein ewiges Dennoch

Landeshauptmann Hans Katschthaler, der sich besonders für die Belange der Juden einsetzt, besucht Anfang 1993 die *Israelitische Kultusgemeinde* und macht damit den Auftakt zum Gedenken „125 Jahre Juden in Salzburg“. Aus gegebenem Anlass fördern Stadt und Land einige Vorhaben, darunter drei Gedenktafeln, die am 21. Juli 1993 auf dem jüdischen Friedhof enthüllt werden. Dort sind die Namen jener Toten eingraviert, deren Gräber in der Nazizeit geschändet und ausgelöscht worden sind.



Gedenksteine auf dem Jüdischen Friedhof  
Foto © Riemer

Eine weitere Steintafel erinnert an das Elend der jüdischen Flüchtlinge (Displaced Persons) in der Nachkriegszeit, als Salzburg ein Zentrum der Fluchthilfe war. Damals sind hier viele Kinder wegen der schlechten Konstitution ihrer Mütter entweder tot geboren worden oder binnen kurzer Zeit gestorben.<sup>61</sup>

Eine lebende Mahnung sind die im Jahr 1938 aus Salzburg vertriebenen Juden und deren Nachkommen, die mit gemischten Gefühlen der offiziellen Einladung folgen, willkommene Gäste der nunmehr Reue bekundenden Landeshauptstadt zu sein. Beim Empfang am 5. August 1993 wird das von Marko M. Feingold, dem Präsidenten der *Israelitischen Kultusgemeinde*, herausgegebene Buch *Ein ewiges Dennoch* vorgestellt.<sup>62</sup>



Gedenksteine für die verstorbenen jüdischen Kinder auf dem Jüdischen Friedhof  
Foto © Riemer

Das erwähnte Gedenkbuch enthält einen Sonderteil mit Erinnerungen des k. u. k. Feldrabbiners Dr. Adolf Altmann und beigefügten Handschriften von Armeekommandanten wie Feldmarschall Conrad von Hötzendorf, die ihren jüdischen Soldaten Patriotismus und Tapferkeit bescheinigen, was jedoch keinen Schutz vor Verfolgungen in der Nazizeit bietet. Darauf folgen die Jahre der Missachtung.

Den jüdischen Soldaten des Ersten Weltkrieges und Opfern des Holocausts werden in Salzburg recht spät militärische Ehren erwiesen - erstmalig am 31. Oktober 2002 auf dem jüdischen Friedhof, als dort Marko M. Feingold und Korpskommandant Hubertus Trautenberg eine Gedenktafel enthüllen.<sup>63</sup>

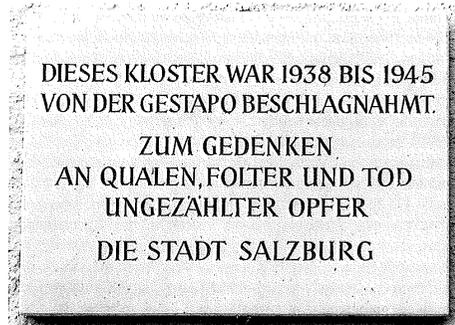


Gedenktafel auf dem Jüdischen Friedhof

Foto © Kerschbaumer

### Gedenken im öffentlichen Raum

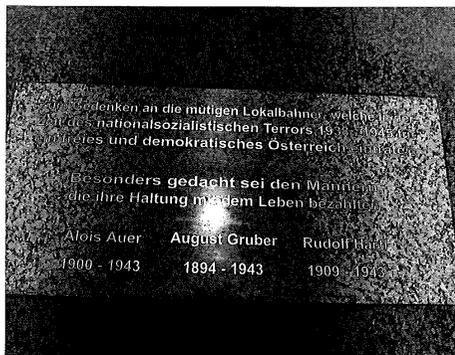
Es zeigt sich ein Mangel an deklarierten Gedächtnisorten im öffentlichen Raum, speziell in der Altstadt, wo sich die Terrorstätten wie Sondergericht und Gestapo-Hauptquartier befunden haben. Es bedarf wiederum eines Anlasses: Am 4. Mai 1995, zum 50. Jahrestag der Befreiung Salzburgs, wird gemäß dem Antrag der Bürgerliste eine Gedenktafel für die Opfer des Gestapo-Terrors an der Fassade des Franziskanerklosters angebracht, womit auch die Kriterien - Bezug zum Geschehen und belebter Ort in der Gegenwart - erfüllt sind.<sup>64</sup>



Gedenktafel am Franziskanerkloster

Foto © Kerschbaumer

Eine besondere Gelegenheit zum Gedenken an den Widerstand bietet sich, als der Kopfbahnhof der Lokalbahn neugestaltet und in den Untergrund des Südtirolerplatzes verlegt wird. Die von der Betriebsleitung der Lokalbahn gestiftete Gedenktafel, auf der die Namen der hingerichteten Eisenbahner Alois Auer, August Gruber und Rudolf Hartl verewigt sind, wird am 13. Oktober 1997 vom sozialdemokratischen Landesparteivorsitzenden Gerhard Buchleitner enthüllt, wobei die getrennten Wege des sozialistischen und kommunistischen Widerstandes erstmals öffentlich zur Sprache kommen. Die Gedenkplatte, die im Steinboden des Schalterraumes situiert ist, eignet sich jedoch kaum als Blickfang.<sup>65</sup>



Gedenkplatte im Lokalbahnhof

Foto © Helfferer

Die Eisenbahner haben zwar seit den 50er Jahren in der Remise II ihren Gedächtnisort (Röcklbrunnstraße 12), doch dieser bleibt der Öffentlichkeit mehr oder weniger verborgen. Die Suche nach jener Eisenbahnersiedlung, die „Karl Emminger-Hof“ heißen soll, ergibt, dass damit die in den 50er Jahren errichteten Häuser an der Bahnhofstraße in Itzling gemeint sind. An einer Fassade des Hauses Nr. 17 befindet sich immerhin ein Bildnis mit dem alten ÖBB-Symbol. Doch der darunter stehende Name ist schon derart abgebröckelt, dass diesen nur mehr Eingeweihte zu entziffern vermögen: „KARL EMMINGER“.



Verwahrloste Applikation am Haus Bahnhofstr. 17

Foto © Kerschbaumer

Gänzlich verschwunden ist der Name des verdienten Sozialdemokraten auf dem Gebäude Schopperstraße 18, dem vormaligen Itzlinger Arbeiterheim oder „Karl Emminger-Haus“.

Die Gedenktafel, die das Haus Engelbert-Weiß-Weg Nr. 20 seit Mitte der 60er Jahre schmückt, wird im Zuge der Gebäuderenovierung abmontiert und in den Schutt befördert. Dank der Wachsamkeit und raschen Initiative des geschichtsbewussten Eisenbahners Wilhelm Weitgruber kann jedoch die Gedenktafel für den enthaupteten Widerstandskämpfer vor der Vernichtung gerettet, in den alten Zustand gebracht und am 9. Oktober 2000 erneut enthüllt werden<sup>66</sup> (Bild siehe Seite 23).

Christlicher Landeslehrerverein, ÖVP-Kameradschaft politisch Verfolgter und Klub sozialdemokratischer Gemeinderäte ergreifen noch knapp vor der Jahrtausendwende die Initiative zur Anbringung zweier Gedenktafeln an der Fassade der Hauptschule in der Faberstraße, zum einen für Albert Einstein, der in diesem Gebäude am 21. September 1909 erstmals seine „Spezielle Relativitätstheorie“ präsentiert hat, und zum andern für den ehemaligen Schulleiter Josef Reischenböck, der wegen seiner idealistischen Gesinnung und

KPÖ-Nähe am 7. Mai 1943 hingerichtet worden ist. An diese Ereignisse wird beim Festakt am 20. Mai 1999 erinnert.<sup>67</sup>



Gedenktafel für Josef Reischenböck an der St. Andrä-Schule Foto © Kerschbaumer

Robert Jungk, Ehrenbürger der Stadt Salzburg, ist im Juli 1994 verstorben und auf dem jüdischen Friedhof beerdigt worden. Seit dem Jahr 2000 trägt der Vorplatz des Hauses in der Imbergstraße, wo sich die Internationale Bibliothek für Zukunftsfragen befindet, den Namen ihres Stiffters, der im alternativbewegten Salzburg sein spätes Zuhause gefunden hat.

### Herzls Lob auf Salzburg

„In Salzburg brachte ich einige der glücklichsten Stunden meines Lebens zu.“ Dieses „halbe“ Zitat aus einer Autobiographie Theodor Herzls, der anno 1885 wenige Monate als Gerichtspraktikant in Salzburg gearbeitet hat, sorgt schon für heile Aufregung, ehe eine Gedenktafel für den prominenten Mann in der Stadt Salzburg überhaupt existiert. Öffentlich beanstandet wird die Unterschlagung der kritischen Bemerkung Herzls, die auf das zitierte, von der Tourismus-Werbung leicht zu gebrauchende Salzburg-Lob folgt: „Ich wäre auch gerne in der schönen Stadt geblieben; aber als Jude wäre ich nie zur Stellung eines Richters befördert worden.“

Während der öffentlichen Erregung über das Vergessen und Verstecken von ungesühnter Vergangenheit, über das Schlussstrich-Ziehen, bleibt das Ungewöhnliche am Gedenken im toten Winkel: die Situierung der von der Stadt Salzburg gestifteten Gedenktafel für den Begründer des politischen Zionismus an einem stark frequentierten Ort im öffentlichen Raum. Daraus erklärt sich aber die Befürchtung Marko M. Feingolds, des Präsidenten der *Israelitischen Kultusgemeinde*, die von den Kritikern geforderte Textierung mit vollständigem Zitat könne feindselige Reaktionen auslösen - Bedenken eines erfahrenen Juden angesichts des gerade weltweit anschwellegenden Antisemitismus.

Die den Wünschen der Betreiber und der *Israelitischen Kultusgemeinde* entsprechende Gedenktafel für Theodor Herzl wird an der Fassade der *Neuen Residenz*, Kaigasse 2, angebracht und am 18. Juli 2001 von Hofrat Feingold und Bürgermeister Heinz Schaden enthüllt. Im folgenden Monat läuft in der *Internationalen Sommerakademie für Bildende Kunst Salzburg* das Projekt „Rückgabe“, das sein künstlerischer Leiter Wolfram P. Kastner als „Intervention zur Wahrnehmung von Raub und Verschleierung“ versteht. Zu den betref-

fenden Objekten in der Festspielstadt Salzburg zählt auch die Tafel mit dem „halben“ Zitat, das Kastner als subtile Form von latenter Antisemitismus deutet und daraufhin gemeinsam mit Projektleibern handschriftlich ergänzt.<sup>68</sup>



Wolfram Kastner ergänzt den unvollständigen Text an der Gedenktafel für Theodor Herzl am Amtsgebäude des Landes Salzburg in der Kaigasse  
Foto © Wild

Binnen weniger Tage lässt das Land Salzburg als Eigentümer der Neuen Residenz den handschriftlichen Zusatz übertünchen, was 145 Euro kostet. Die Angelegenheit eskaliert aber, als der Hauseigentümer wegen „schwerer Sachbeschädigung“ Anzeige erstattet und das Landesgericht Salzburg ein Strafverfahren gegen den Künstler einleitet - „eine unverhältnismäßige Vorgangsweise“, die scharfe Kritik hervorruft und den Bundespräsidenten zum Einschreiten bewegt. Sein Mahnwort findet jedoch bei Landespolitikern wenig Gehör.

Daraufhin übernimmt Bürgermeister Heinz Schaden die volle Verantwortung für das Gedenken an Theodor Herzl. Am 10. September 2002 wird an der Fassade eines städtischen Gebäudes, Mozartplatz 5, stillschweigend eine Granitafel befestigt, auf der folgendes Zitat aus Herzls *Selbstbiographie* eingraviert ist: „In Salzburg brachte ich einige der glücklichsten Stunden meines Lebens zu. Ich wäre auch gerne in der schönsten Stadt geblieben, aber als Jude wäre ich nie zur Stellung eines Richters befördert worden.“<sup>69</sup>



Neue Herzl-Gedenktafel mit vollständigem Text am Gebäude der städtischen Kulturverwaltung, Mozartplatz 5  
Foto © Riemer

### Antifaschismus-Mahnmal auf dem Bahnhofplatz

Im November 1985, nach heftiger Kritik am abgeschirmten Mahnmal im Park der Synagoge, Lasserstraße 8, verspricht der damalige Bürgermeister Josef Reschen, sich im Zuge der Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes für die Errichtung „eines großen Ehrenmals für alle Opfer des Faschismus“ einzusetzen.<sup>70</sup>

In der Wettbewerbsausschreibung, die schon im Jahr 1986 für das gesamte Projekt der Neugestaltung erfolgt, heißt es wörtlich: „In den zuständigen Gremien der Stadtverwaltung besteht eine einstimmige Wohlmeinung, am Bahnhofsvorplatz ein Denkmal für die Opfer des Faschismus zu errichten. Zu diesem Denkmal ist im Rahmen des Gesamtentwurfes zumindest eine Situierung vorzuschlagen.“<sup>71</sup>

Im Projekt, das vom Architekturbüro Schürmann & Partner erstellt und mit Beschluss des Gemeinderates vom 29. März 1989 zum städtebaulich verbindlichen Leitbild erklärt wird, findet sich folgende Beschreibung der Mahnmal-Situierung: „[...] Das Ganze wird ein sonniger Platz sein. Wenn Menschen diesen Platz beleben, was bei dem gebündelten Ziel- und Quellverkehr ja sicher ist, entsteht ein freundlicher Stadtplatz, seine Ordnung steht im Kontrast zu dem Antifaschismus-Denkmal, das nach unserem Vorschlag seinen Standort auf dem baumbestandenen Platz im Westen finden sollte. Dieses Denkmal umgibt ein offenes Karree aus in regelmäßigem Abstand gepflanzten Platanen. [...]“<sup>72</sup>

Künstlerische Gestaltung und Kostenfrage sind allerdings gut zehn Jahre kein Thema - eine Säumigkeit, die Mahnmal-Gegner wie die FPÖ zu nutzen wissen. Die Stimmungsmache beginnt eigenartigerweise im Jahr 1998, im „Europäischen Jahr“, als gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ein deutliches Zeichen gesetzt werden soll und der 5. Mai, der Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen, zum österreichischen Gedenktag bestimmt wird (dies geschieht fünf Jahrzehnte nach der vom offiziellen Österreich missachteten Initiative des Bundesverbandes der österreichischen KZler, Häftlinge und politisch Verfolgten).

Im Sommer 1998 steht jedoch die Forderung der FPÖ zur Debatte, das kurz nach der Abschaffung der Monarchie demontierte Standbild der Kaiserin Elisabeth im Zentrum des Bahnhofplatzes aufzustellen. Im Gespräch sind weitere alte Denkmäler, die ebenso der Intention des urbanen Projekts von internationaler Bedeutung zuwiderlaufen, die Ordnung des sonnigen Platzes stehe im Kontrast zum Antifaschismus-Denkmal. Das Bahnhofsviertel ist jedenfalls dazu geeignet, Bezüge zu den Geschehnissen wie Vertreibung, Deportation, Widerstand und Verweigerung der Wahrnehmung herzustellen. Damit kann auch ein Zeichen gegen das Wegschauen, Verschweigen und Verdrängen gesetzt werden - ein berechtigtes Anliegen angesichts der Stimmungsmache der Mahnmal-Gegner.

Die Idee des „Europäischen Jahres“ vereint aber die seit dem Jahr 1948 zerklüftete „Gemeinschaft der Lagerstraße“. *Israelitische Kulturgemeinde, Bund der sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Landesverband Salzburg der österreichischen KZler* befürworten einhellig den zentralen Gedächtnisort und verweisen dabei auf einen Entwurf der Architektin und Widerstandskämpferin Margarete Schütte-Lihotzky aus den 50er Jahren. Damit eröffnet sich auch eine Perspektive für eine kostengünstige Realisierung des Mahnmals.

Obschon das Mahnmal ein integraler Bestandteil des Gesamtprojektes ist und in diesem Sinne noch im Jahr 1998 ein Amtsvorschlag ausgearbeitet wird, mangelt es an politischem Willen, eine Entscheidung herbeizuführen. Neue Impulse sind erst nach den Gemeinderatswahlen im Jahr 1999 zu registrieren: der der neue Ressortchef, Bürgermeister Heinz Schaden (SPÖ), versucht, die politische Frontstellung aufzuweichen, indem er die Zustimmung des Eigentümers des Hotels *Europa* einholt, auf dessen Areal die Statue der Kaiserin Elisabeth aufstellen zu lassen, womit der Bahnhofplatz für ein Antifaschismus-Mahnmal freigehalten werden kann.

ÖVP und FPÖ bekunden weiterhin ihre Gegnerschaft, dennoch kann am 15. Dezember 1999 im Gemeinderat mit knapper Mehrheit - den Ausschlag gibt die Stimme des Bürgermeisters - der Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines Mahnmals gefasst werden. Das kostengünstige Projekt der vom offiziellen Österreich lange Zeit geächteten Kommunistin Schütte-Lihotzky wird favorisiert, wobei deren Wirken als Architektin erstmalig öffentliche Anerkennung finden soll.<sup>73</sup>

Als im Jänner 2001 die künstlerische Gestaltung des Mahnmals zur Diskussion steht, erfährt das Kulturamt, dass seit den frühen 50er Jahren ein Mahnmal auf dem Bahnhofplatz in Knitelfeld existiert, das nach dem besagten Entwurf von Schütte-Lihotzky ausgeführt worden ist. Daraufhin vertreten das Kulturamt und dessen Ressortchef die Ansicht, dass ein Duplikat für den prominenten Platz in Salzburg nicht in Frage komme und unterstützen nunmehr die Auffassung des Architekturbüros Schürmann, dass für die künstlerische Gestaltung des Mahnmals ein hochkarätiger Wettbewerb erforderlich sei.

Der Amtsbericht der Magistratsabteilung 2 vom 30. Mai 2001 enthält dem entsprechend den Vorschlag zur Ausschreibung eines internationalen Wettbewerbs für ein Antifaschismus-Mahnmal, das im Buchenhain des Bahnhofplatzes situiert sein soll. Von Bedeutung ist dabei die amtlich festgeschriebene Intention des Gedenkens und Mahnens mit eindeutigen Bezügen zur Gegenwart: „[...] Das Andenken der Opfer von gestern zu ehren heißt sich heute aktiv gegen alle Formen des Faschismus und für die Wahrung von Menschenwürde und Menschenrechten zu engagieren.“<sup>74</sup>

Als der Amtsvorschlag am 4. Juli 2001 im Gemeinderat zur Abstimmung gelangt, sind sich beinahe alle Parteien der Tragweite ihrer Entscheidung bewusst. Selbst Johann Wիրrer, ÖVP-Mandatar und Landesobmann des *Österreichischen Kameradschaftsbundes*, bekundet, „dass weder er noch der Kameradschaftsbund in Anerkennung demokratischer Mehrheiten gegen das Mahnmal auftreten werden. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, das Mahnmal möge der Notwendigkeit der Bekämpfung des aktuellen und künftigen Faschismus eingedenk sein lassen.“ Frontstellung bezieht allein die FPÖ, deren Gegenantrag auf Errichtung des Sissi-Denkmal statt des Antifaschismus-Mahnmal mehrheitlich abgelehnt wird. Darauf findet der Antrag auf Zustimmung zum Amtsvorschlag vom 30. Mai eine deutliche Mehrheit im Gemeinderat: 31 gegen 8 Stimmen.<sup>75</sup>

Internationaler Wettbewerb und künstlerische Gestaltung des Mahnmals sind spezielle Themen, die in dieser Dokumentation an anderer Stelle dargestellt und daher hier ausgespart werden.

Kurz zusammengefasst: Von 286 Einreichungen aus 20 Nationen kommen fünf in die engere Auswahl. Die weisungsfreie Jury prüft das Projekt von Heimo Zobernig. Begleitend veranstaltet die *Galerie 5020* ein Symposium, verbunden mit einer Präsentation der Wettbewerbsobjekte.

Gegner, die in der kleinformigen Presse ihre Meinung kundtun, meiden ebenso den Festakt, der am österreichischen Nationalfeiertag, dem 26. Oktober 2002, im Hain des Bahnhofplatzes stattfindet. Bürgermeister Heinz Schaden kann aber in Gegenwart einer solidarischen Öffentlichkeit - in ihrer Mitte Agnes Primocic, Eduard Goldmann und Marko M. Feingold - die Übergabe des Mahnmals vornehmen (*Fotos im Berichtsteil*). Das nun sichtbare Zeichen steht auch für das Miteinander der mehrfach genannten Interessenvertretungen, die durch die Zerschlagung ihres gemeinsamen Daches jahrzehntelang gezwungen gewesen sind, getrennte Wege zu gehen, und dennoch dazu beigetragen haben, verschüttete Gedächtnisspuren freizulegen, wofür ihnen die Stadt Salzburg zu Dank verpflichtet ist.

Auch die Befreier haben Gedächtnisspuren hinterlassen, doch abgesehen von zwei Straßen, welche die Namen der Generäle Geoffrey Keyes und William H. Arnold tragen, existiert kein sichtbares Zeichen des Dankes. Am 4. Mai 2005 bietet sich die Gelegenheit, unsere Befreier, speziell die dritte Infanterie-Division der siebten US-Armee, namentlich General Robert N. Young, zu würdigen - etwa durch eine Gedenktafel im Hotel *Sacher* (vormals *Österreichischer Hof*), wo vor sechzig Jahren der offizielle Akt der kampflosen Übergabe der Stadt Salzburg und das Vorgespräch über die Kapitulation der deutschen Wehrmacht stattgefunden haben.

#### Anmerkung der Redaktion:

Diese Anregung wurde inzwischen von der Stadt Salzburg aufgegriffen. Am 4. Mai 2005, dem 60. Jahrestag der Befreiung Salzburgs, wurde eine entsprechende Gedenktafel im heutigen Hotel Sacher angebracht. Außerdem wurde ein an die Außenmauer des Spitals der Barmherzigen Brüder gemalter Regenbogen, das Symbol der „Rainbow Division“ (42. Infanteriedivision der US-Armee), die an der Befreiung Salzburgs beteiligt war, restauriert und durch eine Gedenktafel ergänzt.

#### Im Text verwendete Abkürzungen:

SN = Salzburger Nachrichten  
DVB = Demokratisches Volksblatt  
SVZ = Salzburger Volkszeitung  
ST = Salzburger Tagblatt  
LAS = Landesarchiv Salzburg  
SAS = Stadtarchiv Salzburg  
DÖW = Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes  
Wien  
ISKULT = Israelitische Kulturgemeinde Wien (Pressemitteilung)

#### Anmerkungen umseitig:

## Anmerkungen:

- <sup>1</sup> History of the Third Infantry Division in World War II, Edited by Donald G. Taggart, The Battery Press, Nashville (o. J.), p. 370-377.
- <sup>2</sup> SN 19. 7. 1945, S. 2.
- <sup>3</sup> SN 11. 8. 1945, S. 3; 14. 8. 1945, S. 2; 16. 8. 1945, S. 3. Vgl. Wolfgang Huber (Hg.): Franz Rehr: Landeshauptmann von Salzburg 1922-1938, Salzburg 1975, S. 34f.
- <sup>4</sup> SN 19. 6. 1945, S. 1.
- <sup>5</sup> ST 3. 4. 1946, S. 1.
- <sup>6</sup> SN 14. 3. 1946, S. 3. DVB 14. 3. 1946, S. 2. SVZ 14. 3. 1946, S. 1. ST 14. 3. 1946, 1.
- <sup>7</sup> Josef Ausweger: Der 17. Jänner 1939 in Dachau, in: SN 17. 1. 1946, S. 4. Markus Scheiblehner: Denk ich an Dachau in der Nacht, in: DVB 21. 1. 1946, S. 2. Leonhard Steinwender: Christus im Konzentrationslager, Otto Müller, Salzburg 1946.
- <sup>8</sup> Guido Kopp: Ich aber habe leben müssen ..., Ried-Verlag, Salzburg 1946. Vgl. Gernod Fuchs: Guido Kopp - Zur Biographie eines (Berufs-) Revolutionärs, in: Salzburg Archiv 23, Salzburg 1997.
- <sup>9</sup> SN 15. 5. 1946, S. 8. SVZ 16. 5. 1946, S. 6. DVB 21. 5. 1946, S. 2. ST 23. 5. 1946, 9.
- <sup>10</sup> ST 15. 3. 1947, S. 5.
- <sup>11</sup> DVB 5. 5. 1947, S. 1. Der Gedenkstein steht heute im namenlosen städtischen Kindergarten, Bingergasse 11.
- <sup>12</sup> SVZ 12. 2. 1947, S. 1.
- <sup>13</sup> Nach dem neuesten Forschungsstand, basierend auf der "Sammlung Spanienkämpfer" im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands, kämpften in Spanien etwa 1.500 Österreicher. 260 fielen in Spanien, 84 kamen in Konzentrationslagern bzw. im Kampf gegen die NS-Herrschaft um.
- Eine aktuelle Übersicht ist zu finden in: Landauer, Hans in Zusammenarbeit mit Hackl, Erich: Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936-1939, Wien: Theodor Kramer Gesellschaft 2003. Weiters sei hingewiesen auf: Karin Helml / Hermann Peseckas: Letzte Hoffnung Spanien. Dokumentarfilm über österreichische Spanienkämpfer, Salzburg 2005.
- Nähere Informationen und Bezug über Studio West, Franz-Josef-Str. 20 / 1, A 5020 Salzburg, Tel. +43 662 876 450, Fax -4, eMail contact@studio-west.net
- <sup>14</sup> Denkmal für die österreichischen Spanienkämpfer am Zentralfriedhof, 1110 Wien, Simmeringer Hauptstraße 234 / Tor 2 Gruppe 28 / Reihe 42 mit dem Text "Den Österreichern, die im Kampf gegen den Faschismus gefallen sind. Für Spaniens und Österreichs Freiheit 1936-1939" aus 1988.
- 1995 wurden zwei Zusatztafeln (überschrieben mit "Für Spaniens und Österreichs Freiheit 1936-1939) mit 264 Namen österreichischer Spanienkämpfer enthüllt.
- Detaillierte Information im Internet unter [http://www.nachkriegsjustiz.at/vgew/1110\\_simmeringerhauptstraße.php](http://www.nachkriegsjustiz.at/vgew/1110_simmeringerhauptstraße.php)
- Ebenfalls 1995 hatte die Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik und der Freunde des demokratischen Spaniens in der KZ-Gedenkstätte Dachau für 46 im KZ Dachau umgekommene österreichische Spanienkämpfer und in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen für 38 in den KZ Mauthausen, Auschwitz, Groß-Rosen und Flossenbürg umgekommene österreichische Spanienkämpfer Gedenktafeln enthüllt.
- <sup>15</sup> SAS: Protokoll der Sitzung des g. r. Hauptausschusses am 28. 10. 1946.
- <sup>16</sup> SAS: Protokoll der öffentlichen Sitzung des Gemeindeausschusses am 20. 12. 1946.
- <sup>17</sup> SAS: Protokoll der öffentlichen Sitzung des Gemeindeaus-

schusses am 20. 12. 1946.

- <sup>18</sup> SAS: Protokoll der Sitzung des Bauausschusses am 20. 8. 1947.
- <sup>19</sup> LAS: Präsidialakten 840/46.
- <sup>20</sup> Welt am Montag, 11. 8. 1947, S. 4 (DÖW). Vgl. Mahnruf für Freiheit und Menschenrechte, Organ des Bundes der politisch Verfolgten, Nr. 8, September 1947, Sondernummer (DÖW).
- <sup>21</sup> SVZ 22. 9. 1947, S. 2. SN 23. 9. 1947, S. 2. DVB 25. 9. 1947, S. 2. ST 29. 9. 1947, S. 4. DVB 3. 10. 1947, S. 3. Mahnruf für Freiheit und Menschenrechte, Nr. 9, November 1947, S. 15 (DÖW).
- <sup>22</sup> DVB 9. 2. 1948, S. 1; 11. 2. 1948, S. 2.
- <sup>23</sup> SVZ, DVB und ST 26. 2. 1948, S. 2.
- <sup>24</sup> SVZ 13. 3. 1948, S. 3.
- <sup>25</sup> SVZ 17. 3. 1948, S. 2. DVB 20. 3. 1948, S. 2.
- <sup>26</sup> Sicherheitsdirektion Salzburg: Vereinsakten.
- <sup>27</sup> SVZ 15. 3. 1948, S. 3.
- <sup>28</sup> SVZ 2. 4. 1948, S. 2f.; 5. 4. 1948, S. 3; 9. 9. 1950, S. 4.
- <sup>29</sup> SVZ 31. 8. 1953, S. 3; 1. 9. 1953, S. 5; 3. 9. 1953, S. 5. DVB 31. 8. 1953, S. 3.
- <sup>30</sup> SAS: Schreiben des Bundesverbandes der österreichischen KZler, Häftlinge und politisch Verfolgten vom 19. 1. 1949.
- <sup>31</sup> ST 10. 5. 1949, S. 2; 9. 5. 1950, S. 4; 10. 5. 1950, S. 5.
- <sup>32</sup> ST 2. 11. 1950, S. 3; 15. 12. 1952, S. 3.
- <sup>33</sup> Dienststellenchronik der Zugförderungsleitung Salzburg von Ing. Ernst Gogl, BB-Zentral-Inspektor. Diese Quelle verdanke ich Herrn Wilhelm Weitgruber.
- <sup>34</sup> Schreibweise der Namen nach der Dokumentation Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945, Wien 1991. Franz Broz und Laurenz Künstel sind nach der Befreiung an den Haftfolgen gestorben; Johann Dornstauer, Fahrdienstleiter des Lokalbahnhofes Itzling ist am 1. Dezember 1945 von Benzindieben erschossen worden.
- <sup>35</sup> DVB 10. 5. 1965, S. 4.
- <sup>36</sup> SAS: Protokoll der Sitzung des Stadtsenats am 10. 12. 1951.
- <sup>37</sup> Das jüdische Echo 5,6 / 1953. ISKULT-Press-Mitteilung vom 12. 5. 1954.
- <sup>38</sup> Gert Kerschbaumer und Karl Müller: Begnadet für das Schöne. Der rot-weiß-rote Kulturkampf gegen die Moderne, Wien 1992, S. 87-94.
- <sup>39</sup> ISKULT-Press-Mitteilung vom 12. 11. 1954.
- <sup>40</sup> SVZ 4. 10. 1955, S. 5; 10. 10. 1955, S. 1 und 6.
- <sup>41</sup> ST 2. 11. 1950, S. 3.
- <sup>42</sup> SAS: Amtsbericht der Liegenschaftsverwaltung vom 8. 1. 1951.
- <sup>43</sup> SAS: Mahnmal auf dem Kommunalfriedhof.
- <sup>44</sup> SN 16. 3. 1954, S. 7. Vgl. SN 27. 3. 1954, S. 1; 22. 6. 1954, S. 3.
- <sup>45</sup> SAS: Amtsblatt der Landeshauptstadt Salzburg vom 20. 1. 1956.
- <sup>46</sup> SN 2. 1. 1956, S. 5. DVB 2. 1. 1956, S. 3. SVZ 2. 1. 1956, S. 3.
- <sup>47</sup> Die neue Front (FPÖ-Parteiorgan) 7. 1. 1956, S. 6.
- <sup>48</sup> SN 27. 6. 1957, S. 3.
- <sup>49</sup> SAS: Amtsbericht vom 10. Mai 1965.
- <sup>50</sup> SAS: Amtsbericht vom 3. März 1967.
- <sup>51</sup> SV 23. 4. 1938, S. 7. Blasi: Peggy, mein schnaubendes Pferd und wie es mich getragen hat durch Österreich, den Ständestaat, Salzburg 1939, S. 107.
- <sup>52</sup> Programm der christlich-jüdischen Begegnung am 27. 7. 1972 (IKG Salzburg).
- <sup>53</sup> SN 10. 10. 1983, S. 6.
- <sup>54</sup> SN 2. 5. 1985, S. 5. Vgl. Wilhelm Weitgruber: Wandel vom Dorf zum Stadtteil, in: Festschrift der Pfarrkirche St. Antonius in Itzling, Salzburg 2003, S. 66-87.
- <sup>55</sup> SN 11. 11. 1985, S. 5; 13. 11. 1985, S. 5; 22. 11. 1985.

<sup>56</sup> SN 16. 12. 1985, S. 5.

- <sup>57</sup> SN 2. 11. 1991, S. 21. Die Vorverlegung des Todes. Euthanasie und die Vernichtung „lebensunwerten“ Lebens in Salzburg, hg. vom Kulturamt der Stadt Salzburg, Salzburg 1990.
- <sup>58</sup> Umbenennung der Augustin Ableitner-Straße, Kulturservice der Stadt Salzburg 1988.
- <sup>59</sup> Gedenkveranstaltung der Salzburger Autorengruppe am 30. 4. 1987: Resolution u. a. (Privatarchiv G. K.).
- <sup>60</sup> Schreiben des Antifaschistischen Personenkomitees vom 18. 2. 1988 (Archiv G. K.).
- <sup>61</sup> Info-Z, Folge 138, 21. 7. 1993. SN 22. 7. 1993, 17.
- <sup>62</sup> SN 6. 8. 1993, 17; 9. 8. 1993, 13. Die Gemeinde, offizielles Organ der IKG Wien, Nr. 428, 6. 10. 1993.
- <sup>63</sup> SN 2. 11. 2002, S. 1.
- <sup>64</sup> SVZ 4. 5. 1995, S. 6.
- <sup>65</sup> SN: Aktuelles aus Stadt und Land 14. 10. 1997, S. 11.
- <sup>66</sup> Für diese Mitteilung danke ich Herrn Wilhelm Weitgruber.
- <sup>67</sup> Programm des Festaktes am 20. Mai 1999 (Privatarchiv G. K.).
- <sup>68</sup> Rückgabe, Intervention von Wolfram P. Kastner und Martin Krenn, München 2003.

<sup>69</sup> Theodor Herzl: Selbstbiographie, in: Zionistische Schriften, Band 1, Tel Aviv 1934, 3. Auflage, S. 11-16: „[...] In Wien studierte ich die Rechte, nahm an allen Studententorheiten teil und trug die bunte Mütze einer Verbindung, bis diese eines Tages den Beschluss fasste, dass fortan keine Juden mehr als Mitglieder aufgenommen werden sollten. Die es schon waren, erhielten die freundliche Erlaubnis, in der Verbindung zu bleiben. Ich sagte den edlen jungen Leuten Lebewohl und fing nun an, mich ernstlich an die Arbeit zu setzen. 1884 wurde ich Dr. juris und trat als unbesoldeter Beamter unter Leitung eines Richters in die Gerichtspraxis ein. Ich fand Verwendung beim Gerichte in Wien

und Salzburg. In Salzburg erschien mir die Arbeit anziehender; die Szenerie um die Stadt ist bekanntlich eine besonders schöne. Mein Amtszimmer war in einem alten Festungsturm gerade unter dem Glockenstuhl und täglich dreimal tönte mir das Geläute recht hübsch in die Ohren. Natürlich schrieb ich mehr für das Theater als für das Gericht. In Salzburg brachte ich einige der glücklichsten Stunden meines Lebens zu. Ich wäre auch gerne in der schönen Stadt geblieben; aber als Jude wäre ich nie zur Stellung eines Richters befördert worden. Deshalb nahm ich damals von Salzburg und der Rechtsgelehrsamkeit Abschied. [...]“

<sup>70</sup> SN 13. 11. 1985, S. 5.

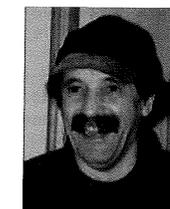
<sup>71</sup> zit. n. Amtsbericht der Magistratsabteilung 2 vom 8. 10. 1999.

<sup>72</sup> zit. n. Amtsbericht der Magistratsabteilung 2 vom 8. 10. 1999.

<sup>73</sup> Verhandlungsschrift der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 15. 12. 1999.

<sup>74</sup> Amtsbericht der Magistratsabteilung 2 vom 30. 5. 2001.

<sup>75</sup> Verhandlungsschrift der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 4. 7. 2001.



*Dr. Gert Kerschbaumer, geboren 1945 in Spital am Semmering, lebt seit den 60er Jahren in Salzburg; arbeitete in der Industrie, studierte nebenher deutsche Literatur und Geschichte; Forschungs- und Lehrtätigkeit. Publikationen zu den Themen Literatur und Kunst, Kunst und Kunsttraub im Dritten Reich*